

Sozialdemokratischer Pressedienst

Berater und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Emil Dörfel 4124-4125



Stipendium für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 3 61, Zelle-Wilhelm-Platz 5
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Nachrichten gefaßt. Haftung besteht für die Richtigkeit der Angaben nur für die Zeit der Drucklegung.

Berlin, den 2. Juli 1930

Der "Einkreiser" Deutschlands.

Leben und Weben eines britischen Diplomaten

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Sir Arthur Nicolson? Gott strafe England! Denn das ist doch der Dämon der Einkreisungspolitik, der böse Geist Greys, ein wahrer Teufel, der England in den Weltkrieg gezerrt hat, und dem Deutschland Niederlage und Versailleser Vertrag verdankt! Aber gemach! Wenn Nicolson auch nicht einem Lord Morley und einem Burns gleichzustellen ist, die im August 1914 aus Protest gegen den Eintritt Englands in den Krieg die Tür des Kabinetts Asquith hinter sich ins Schloss warfen, so war er doch noch weniger der fanatische Deutschenhasser und frevle Kriegstreiber, als der er noch heute in den Dunkelkammern aller deutscher Hirne spukt. Wie er wirklich war und was er in der Tat wollte, enthüllt sich in dem Buch, das sein Sohn Harold Nicolson unter dem Titel "Die Verschwörung der Diplomaten" (Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a.M.) soeben herausgegeben hat.

Von der Geschwollenheit der meisten Lebensbeschreibungen und -erinnerungen deutscher Staatsmänner, deren Verfassern das Gefühl der Verantwortung vor den Jahrtausenden aus allen Knopflöchern herausschaut, hat das Werk gar nichts. Durchaus einfach und sehr menschlich kommt es daher, entfaltet dafür aber viel Scharfsinn und gesunden Menschenverstand, Geist und Witz und funkelt - man muss schon zu Fremdworten greifen - von Charme und Grazie. Vor allem aber nimmt es durch männlichen Freimut ein; schreibe ein Deutscher so über deutsche Politik, gröhle aus allen Hakenkreuz-Kaschemmen der Chor: Legt den Landesverräter um! Mit welcher Offenherzigkeit wird der deutsch-englische Gegensatz als Widerstreit zweier Imperialismen dargetan, von denen der eine einen leeren Magen hatte und der andere gemästet war bis zu Verdauungsstörungen: "Unsere eigene räuberische Periode, und sie war schändlich genug, datiert von 1500 bis 1900. Während dieser Zeit waren wir weit gewalttätiger und verlogener als die Deutschen in den vierzehn Jahren, die dem Krieg vorausgingen."

Dieser Freimut entwirft den Verdacht, dass es sich bei dem Buch um die posthume Rechtfertigung eines Vaters durch den Sohn handle. Vielmehr enthält es lediglich die vorurteilsfreie Darstellung der "alten Diplomatie", also einer überholten Politik durch jemanden, der, Spross eines ihrer wesentlichsten Vertreter, sie beizeiten durchschauen lernte. Arthur Nicolson war, anders als der Durchschnitt wilhelminischer Diplomaten, denen der Horizont durch die Wände der Borussenkorpskneipe und des Gardekavalleriekasinos hoffnungslos verbaut wurde, in seiner Art ein Mann weiten Blicks und hatte Gelegenheit, ihn in China und Marokko, Konstantinopel und Athen, Teheran und Sofia, Budapest und Madrid zu weiten, ehe er 1905 als Botschafter in Petersburg und 1910 als Staatssekretär des Foreign Office oder Auswärtigen Amtes in entscheidende Stellungen rückte.

Zu Deutschland stand dieser "Deutschenhasser" ursprünglich durchaus wohlwollend. 1874 und 1875 Gesandtschaftssekretär an der englischen Botschaft in

Berlin, trank er mit jüngeren Reichstagsabgeordneten fleissig Weissbier und veröffentlichte sogar eine Schrift über die deutsche Verfassung. Aber schon hier dämmerte ihm eine Ahnung davon, dass Bismarck den Deutschen eine verhängnisvolle Erbschaft hinterlassen würde, nämlich "ein starkes Machtgefühl ohne jene Selbstsicherheit und jene Bescheidenheit, die es einzig und allein ermöglichen, die Macht massvoll auszuüben". Doch schied er keineswegs als Deutscher feind aus Berlin.

Als er, ein volles Menschenalter später während der Marokko-Krisen, in nähere Berührung mit der deutschen Politik kam, hatte er es mit jener gedunsenen Diplomatie des neuen, des weltpolitischen Kurses zu tun, die, ein riesiges Landheer und eine wachsende Schlachtflotte hinter sich, fatale Kraftstoffelei mit fataler Schlaueit verband. Ihr Versuch, sich Marokkos als Mittels zum Zweck der Isolierung und Demütigung Frankreichs zu bedienen, stimmte ihn schon bedenklich, aber wie Schuppen fiel es ihm von den Augen, als ihm im November 1908 Nikolaus II. einen Brief aus dem Jahre 1904 vorlegte, in dem Wilhelm II., den Zaren, "um die britische Frechheit abzukühlen", zum Angriff auf die indische Grenze aufhetzte! Dieses Dokument erschütterte Nicolson. Fortan war er überzeugt, dass die deutschen Machthaber gegen das britische Reich Böses im Schilde führten, und oft stöhnte er unter einem Alpdruck: "Deutschland im Bündnis mit Russland, Österreich und der Türkei und derart im Besitz aller geographischen und strategischen Vorteile vermöchte Frankreich dermassen einzuschüchtern, dass es neutral bliebe, und würde England an den indischen und ägyptischen Grenzen bedrohen".

Diese Gefahr war seiner Ansicht nach nur zu beschwören, wenn die Glieder der Triple-Entente lückenlos aneinandergesetzt wurden. Friedensbürgschaft hiess ihm, wenn alle Welt wusste, dass im Fall eines Festlandskriegs England an die Seite Frankreichs und Russlands treten werde. Ein Kriegstreiber? "Ich bin überzeugt", schrieb Nicolson 1913, "dass der Friede Europas für ein bis zwei Generationen gesichert wäre, könnte man die Triple-Entente in einen zweiten Dreibund verwandeln". Zu diesem Ende tat er alles, was in seinen Kräften stand: er knüpfte die Fäden zwischen London und Petersburg so eng wie möglich, und als 1912 der Versuch Englands, mit Deutschland zu einem Abkommen mit Einschränkung des Kriegsschiffbaues zu gelangen, lediglich zu einer neuen deutschen Flottenvorlage führte, brachte er auch eine Bindung an Frankreich zuwege.

War das gleichbleibende Ziel der Nicolsonschen Politik, den europäischen Krieg zu verhindern, so wurde sie durch nichts anderes als durch Wilhelms Drohreden und Tirpitzens Rüstungen in eine Richtung gedrängt, die böswilligen und kurzsichtigen Deutschen als Einkreisung erscheinen musste; in Wirklichkeit gab es keine Einkreisung oder vielmehr: die wahren Einkreiser Deutschlands waren der Hohenzoller und Grossadmiral von Tirpitz. Aber der Versuch, Gewalt durch Gewalt in Schach zu halten, erwies sich als ebenso untaugliches Mittel, wie die ganze Organisation Vorkriegs-Europas fehlerhaft war. Der Krieg kam doch, und das Ende, über das Nicolson ehrlich entsetzt war, hiess Versailles. Aus diesen Erfahrungen gilt es, soll eine zweite noch ungeheuerlichere Katastrophe vermieden werden, zu lernen, und da gibt es kaum einen trefflicheren Leitfaden als das Buch, das der junge Nicolson über den alten Nicolson geschrieben hat.

Hermann Wendel.

SPD. Der 16. Parteikongress der russischen Kommunistischen Partei ist im Gange. Er ist ein glänzender Erfolg der Stalinschen Regie. Nicht umsonst hat Stalin den Kongress verschieben lassen, bis er auch des letzten Mannes sicher war.

Der Kongress wurde mit dem üblichen Gepränge eröffnet, sein erster Höhepunkt war das grosse politische Referat von Stalin. Stalin sprach 10 Stunden, der Beifall am Schluss seiner Rede, der von der Regie ebenfalls vorgesehen

ist, dauerte zehn Minuten. Der Inhalt dieser Rede war: Es ist alles herrlich, die Generallinie der Partei ist niemals verbogen worden, es gibt keine Krise des Fünfjahresplanes, er wird restlos durchgeführt, das Programm ist erfüllt, die grandiossten Erfolge liegen vor.

Das Wort Stalins vom Kopfschwindel vor Erfolgen ist vergessen, er bemühte sich vielmehr kräftig der Masse der Parteidelegierten den Kopf schwindeln zu machen. Es ist ausserordentlich bemerkenswert, dass im bisherigen Verlauf des Kongresses Angriffe nach links hin so wie sie in dem bekannten Artikel einst geführt wurden, unterblieben sind. Der Angriff gilt lediglich der Rechtsopposition oder um in der kommunistischen Redeweise zu sprechen, das Hauptfeuer ist gegen rechts gerichtet. Die Diskussion hat bestätigt, dass dieser Parteikongress eine Versammlung der Mameluken Stalins ist.

Vor diesem Forum vollzieht sich die Tragödie der Rechtsopposition und ihre Führer. Bucharin ist auf dem Parteitag nicht anwesend. Umso heftiger schreien die Stalinisten nach ihm. Sie wollen ihn vor sich sehen - nicht aus Liebe, sondern weil sie ihn demütigen wollen, weil sie seine Unterwerfung, seine Zerknirschung sehen wollen, weil sie geniessen wollen, wie aus einem Mann und Führer eine schlotternde und haltlose Gestalt wird. Sie geniessen dies Schauspiel an der Demütigung von Rykow, Tomski und Uglanow. Diese drei Führer der Rechtsopposition haben vor dem Plenum des Parteikongresses ein weitgehendes und umfassendes Reuebekenntnis abgelegt und damit eine Kotau vor Stalin vollzogen. Uglanow ging so weit, dass er zugestand, die Rechtsopposition hätte objektiv die Position des Klassenfeindes gefördert, Tomski erklärte, dass er bereit sei zu tun, was er seinerzeit Trotzki und Sinojew empfohlen habe: Neige dein Haupt vor der Partei.

Während der Reuereden der drei oppositionellen Führer wurde die Szene zum Tribunal. Die Reden der drei wurden immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen. Der Chor der Stalinisten rief ihnen zu: "Noch nicht deutlich genug gesagt! - Bereue noch stärker!" Und die drei Führer der Rechtsopposition bereu-ten noch stärker. Sie vollzogen eine Unterwerfung unter Aufopferung der eigenen Überzeugung und der eigenen Würde, die für unsere Begriffe unvorstellbar ist.

Der Kongress der Stalinischen Mameluken ist mit ihrer Zerknirschung und deren Reuebekenntnissen noch nicht zufrieden. Als nach den Reden der drei die Diskussion weiter ging, bezeichnete ein Redner nach dem anderen die Erklärungen der Rechtsoppositionellen für unbefriedigend, ungenügend und unannehmbar. Der Mamelukenchor, dem diese drei als Opfer vorgeworfen sind, nennt ihre Erklärungen heuchlerisch, erfordert den Ausschluss von Rykow, Tomski und Uglanow aus der Russischen Kommunistischen Partei. Unter dieser Drohung sollen sie noch weiter getrieben werden, die letzte Forderung, die in der Diskussion erhoben worden war, dass die drei Führer der Rechtsopposition die Namen ihrer Anhänger angeben sollten, damit mit diesen Anhängern gründlich aufgeräumt werden könne.

Der weitere Verlauf des Kongresses wird an diesem Bilde nichts ändern. Stalin wird in sachlicher und personeller Hinsicht von dieser ausgewählten und ausgesiebten Versammlung alles erreichen, was er wünscht. Natürlich sind damit die sachlichen Probleme, mit denen er zu ringen hat, nicht gelöst!

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

In der französischen Innenpolitik ist ein neuer sensationeller Zwischenfall zu verzeichnen. Es handelt sich um einen von den Oppositionsparteien, vor allem von der sozialistischen Fraktion erhobenen Vorwurf gegen die Regierung, dass sie das Ergebnis der Vertrauensabstimmung in der Nacht zum Dienstag über die Frage der Erhöhung der Rente der Kriegshinterbliebenen gefälscht habe.

Die Abstimmung, die in den frühen Morgenstunden vor Leeren Bänken erfolgte, hatte eine Mehrheit von 56 Stimmen für die Regierung erbracht. Da im ganzen etwa 20 Abgeordnete auf den Bänken sassen, hatte man die in der fran-

zösischen Kammer übliche Prozedur angewandt, Abgeordnete für ihre abwesenden Fraktionskollegen stimmen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit soll nach den Anschuldigungen der Opposition, die der sozialistische Abg. Bedouce am Mittwoch mit grosser Schärfe öffentlich von der Tribüne der Kammer aus erhob, Tardieu mit Hilfe seiner Unterstaatssekretäre, die in aller Eile vor der Abstimmung in die Kammer beordert worden waren, das Abstimmungsergebnis gefälscht haben. Diese Anklage wird von dem, der Fraktion der "wilden" angehörenden Abgeordneten Haye formell bestätigt. Er erklärte, dass man ohne sein Wissen und gegen seinen Willen in seiner Abwesenheit seinen Stimmzettel für die Regierung abgegeben habe. Trotzdem brachte es die Majorität Tardieus fertig, das Protokoll der Abstimmung nachträglich mit 207 gegen 276 Stimmen gutzuheissen.

Die Oppositionsparteien denken nicht daran, es bei diesem Stand der Dinge bewenden zu lassen. Zum Zeichen des Protestes haben die sozialistischen Abgeordneten ihre Ämter als Vorsitzende der interministeriellen Kontrollkommission für Kriegspensionen niedergelegt.

SPD. Das Rowdytum nationalsozialistischer Horden nimmt statt ab, von Tag zu Tag zu. Das Uniformverbot einzelner Landesregierungen hat nicht viel genutzt, sodass unbedingt neue, weitergehende Massnahmen gegen die Rowdies vom Hakenkreuz ins Auge gefasst werden müssen.

Es kann nicht mehr dem geringsten Zweifel unterliegen, dass die Erziehung zum Rowdytum von der Führung der Nationalsozialistischen Partei bewusst betrieben und gefördert wird. Erst dieser Tage hat der Berliner Nazi-Führer Goebbels gegen seine Freunde von gestern, die Strasser und Konsorten den Schlachtruf ausgegeben "Knüttelt sie nieder". Knüppel und Revolver waren seit jeher die Waffen der nationalsozialistischen Bewegung und da dieser Bewegung keinerlei Idee zugrunde liegt, da sie selbst den geistigen Diebstahl an programmatischen Forderungen anderer Parteien nur "als Mittel zum Zweck" betreibt, weder an diese Grundsätze glaubt noch sie jemals verwirklichen will, entsteht die Frage, ob dieser Bewegung überhaupt noch ein politischer Charakter im Sinne des Koalitionsrechts zugesprochen werden kann. Wir möchten diese Frage verneinen. Eine Organisation, die kein anderes Ziel kennt als das Volk zu verhetzen, die alles tut um Unruhe in die Bevölkerung hineinzutragen, die in ihrem Kampf gegen Andersdenkende vor keinem Mittel zurückschreckt, widerspricht dem Geist und Sinn der Reichsverfassung. Sie ist staatsgefährlich und muss als solche mit allen Konsequenzen bekämpft werden.

Eine andere Frage ist die, wie dieser Kampf zunächst weitergeführt werden kann und soll. Auch dafür geben die blutigen Exzesse der letzten Tage insofern gewisse Anhaltspunkte, als unter den Rowdies und Schreibern immer wieder Beamte festgestellt wurden. In fast allen Fällen handelte es sich um Personen, die ausser auf der Strasse auch in den Büros der Behörden für die Nationalsozialisten das grosse Maulwerk führen, von der Dienstpflicht eines Beamten nur sehr wenig oder gar keine Ahnung haben und natürlich auch gerade keine Freunde der Arbeit sind. Diese Elemente müssen rücksichtslos entfernt werden, ohne Abfindung, ohne Pension. Wer gegen den Staat hetzt, seine Repräsentanten beschimpft und sich durch seine Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei zum Rowdytum bekennt, der setzt sich in Widerspruch zu seinen Beamtenpflichten und hat in den Ämtern der Republik nichts zu suchen. Darüber hinaus erscheint es durchaus erwägenswert, die Zugehörigkeit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei nicht länger zu gestatten.

So wie bisher kann es nicht weitergehen! Dem Zustand, dass heute jeder Mensch dem Rowdytum nationalsozialistischer Jünglinge ausgesetzt ist, muss endlich ein Ende gemacht werden. Wenn es sein muss mit allen Konsequenzen!

SPD. Wien, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Mittwoch-Sitzung des Nationalrates wurde von dem Präsidenten mit folgender Ansprache eröffnet:

"Eine frohe Botschaft ging in den letzten Tagen durch die Welt. Die dritte Zone des besetzten rheinischen Gebietes ist von der fremden Besatzung geräumt, der langersehnte Tag der Freiheit für das Rheinland angebrochen. Das Deutsche Volk, das dieses denkwürdige Ereignis in ernster Zeit feiert, darf der freudigen Anteilnahme aller Brüder und Schwerstern ausserhalb der Reichsgrenzen sicher sein, denn tief im Herzen eines jeden Deutschen wurzelt die Liebe zum Rheinland. Wir Österreicher, die wir uns der Bevölkerung des Rheinlandes vielfach wesensverwandt fühlen, begleiten mit innerer Freude dieses Geschehnis, das für so viele treue Volksgenossen die Erfüllung eines heissersehnten Wunsches bedeutet. Die Kraft, die der Freude innewohnt, möge das deutsche Volk stärken zur Bewältigung des dornenvollen Weges, den es noch vor sich sieht und ihm die schweren Lasten tragen helfen, die ihm auferlegt sind, bis es erstarkt und gefestigt nicht nur zu eigenem Nutzen und Frommen, sondern auch zum Wohle und Gedeihen aller Völker Europas den ihm gebührenden Platz als freies Volk erhält. Möge die vollständige Räumung des Rheinlandes als Zeichen der Völkerversöhnung Wegweiser sein in die Zukunft. Dem Rheinland und seinen Bewohnern entbietet der österreichische Nationalrat seinen Gruss."

Der Kundgebung, die von den Abgeordneten stehend angehört und zum Schluss mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wohnte in der Diplomatenloge der deutsche Geschäftsträger bei.

SPD. Der Hauptausschuss des Reichstags erörterte am Mittwoch Abschnitt 1 des Ostprogramms (Landwirtschaftliche Siedlung).

Die Abgeordneten Mertins und Hilferding (Soz) wiesen auf die bedenkliche Finanzierung des ganzen Programms hin. Hilferding betonte, dass das Gesetz die Regierung ermächtige, über eine Summe von nicht weniger als 1000 Millionen zu verfügen. Es sei zu überlegen, ob man das Gesetz nicht auf die Mittel beschränke, die man in diesem und vielleicht im nächsten und übernächsten Jahr zur Verfügung habe. Nach Ablauf dieser Zeit ergebe sich die Möglichkeit, Änderungen im Gesetz vorzunehmen, falls sich die Auswirkung des Gesetzes nicht im Sinne der Regierung vollziehe. Hilferding machte auch darauf aufmerksam, dass sonst bei allen Garantieübernahmen Gegenposten in dem Etat für das Risiko eingesetzt würden. Das sei diesmal, obwohl die Risiken sehr bedeutend wären, nicht geschehen. Richtig sei es, die in Aussicht gestellte Hilfe genau abzustechen, um nicht zu grosse Hoffnungen zu erwecken und hinterher Enttäuschungen hervorzurufen.

Ein Regierungsvertreter gab zu, dass das Gesetz grosse Risiken enthalte. Diese lägen besonders auf dem Gebiet der Umschuldungsaktion, aber weniger bei den Siedlungskrediten. Man sei sich darüber einig, dass Kredite nur in wirtschaftlichen Grenzen gegeben werden dürften. Die Garantien müssten bei der Durchführung des Gesetzes auf ein beschränktes Risiko abgesteckt werden. Von der Einstellung einer Bürgschaftsübernahme im Etat habe das Finanzministerium abgesehen, weil in diesem Etatsjahr kaum Ausfälle zu erwarten seien.

Zu Beginn der Sitzung befürwortet Abg. Ersing (Ztr) den bereits am Dienstag einstimmig abgelehnten Antrag des Reichswehrministeriums, weitere 2 Millionen Mark mehr für den Ankauf von Remontepferden zu gewähren. Nachdem die sozialdemokratischen Vertreter darauf hingewiesen hatten, dass einmal erledigte Anträge nicht wieder zur Beratung gestellt werden können, wurde von dem Antrag Abstand genommen. Das Reichswehrministerium behielt sich jedoch vor, eine neue Vorlage einzubringen.

SPD. Locarno, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die hier erscheinende sozialistische "Liberta Stampa", die im allgemeinen ausgezeichnete Informationen über das faschistische Spionageunwesen in der Schweiz besitzt, berichtet am Mittwoch, dass Aussenminister Curtius während seines Aufenthaltes in Locarno von faschistischen Spitzeln kontrolliert wurde. Hauptspitzel sei ein Mann namens Gebucci gewesen, der mit dem italienischen Konsul in Verbindung stehe. Gebucci habe einem Angestellten des Hotels Esplanade, in dem Curtius gewohnt habe, einen Zettel mit verschiedenen Fragen über das Verhalten des deutschen Reichsaussenministers übergeben. Dieser Zettel sei in die Hände der Tessiner Polizei geraten. Trotzdem habe der schweizerische Minister für Auswärtige Angelegenheiten nichts gegen die Faschisten unternommen.

Die Tessiner Polizei hat inzwischen in Bern die Ausweisung des Spions beantragt.

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Präsident der Republik, Millerand, beschäftigt seit einigen Tagen im Zusammenhang mit den Neuwahlen für den Vorstand der Anwaltskammer in wenig rühmlicher Weise die französische Öffentlichkeit.

Millerand hat seit fünf Jahren einen Sitz im Vorstand der Anwaltskammer bekleidet. Die Tradition dieser Kammer verlangt, dass jedes seiner Vorstandsmitglieder spätestens nach vier Jahren zurücktritt. Millerand hat gegen diese Tradition verstossen, als er im vorigen Jahr zum fünften Male seine Kandidatur aufstellte. Als er auch in diesem Jahr sein Vorhaben wiederholen wollte, stiess er auf einen so heftigen Widerstand in der Anwaltskammer, dass er selbst in neun Wahlgängen nicht die zur Wahl erforderliche absolute Majorität erreichen konnte. Erst nach längerem Zureden gelang es den Freunden Millerands, ihn am Mittwoch endlich zur Zurückziehung seiner Kandidatur zu bewegen.

SPD. Köln, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Mittwoch-Sitzung des Kölner Eisenbahnprozesses wurde hauptsächlich von den Gutachten ausgefüllt.

Die Sachverständigen geben die Schuld an dem schweren Eisenbahnunglück in der Hauptsache den Unterlassungen des angeklagten Lokomotivführers bei der Beobachtung der Signale und beim Bremsen. Demgegenüber verwies der Verteidiger des Lokomotivführers, Rechtsanwalt Frank, auf eine Verfügung der Reichsbahn vom 1. September 1929 (also nach dem Unfall), nach der Signalverhältnisse, wie sie in Buir bestanden haben, in Zukunft vermieden werden sollen und die doppelten Flügel der Signale dem Lokomotivführer künftig möglichst ununterbrochen sichtbar sein müssen. Damit erkenne die Reichsbahn an, dass der bisherige Zustand geeignet gewesen sei, ein falsches Signalbild vorzutäuschen. Ein Lokomotivführer betont als Sachverständiger, es sei ausgeschlossen, dass der angeklagte Lokomotivführer dauernd auf die Signale hätte sehen können. Der angeklagte Lokomotivführer sei ein äusserst gewissenhafter Beamter gewesen, er sei der Schrecken der Werkmeister in den Werkschuppen gewesen, weil er nie herausgefahren sei, ohne dass alles eingehend geprüft war. Er, der Sachverständige würde in allen Punkten genau so gehandelt haben, wie der angeklagte Lokomotivführer Nordhaus gehandelt hat.

Das Urteil ist am Donnerstag zu erwarten.

SPD. London, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

In einer Unterredung mit dem römischen Korrespondenten des "Daily Herald" hatte der italienische Aussenminister Grandi schwere Beschuldigungen gegen Frankreich erhoben. Briand weist sie am Mittwoch zurück, indem er dem Pariser Vertreter des englischen Arbeiterblattes erklärte :

"Als wir von London abfuhren, wurde zwischen Grandi und mir vereinbart, dass wir uns in Genua während der Ratstagung des Völkerbundes wieder treffen werden, mit dem Ziel und dem gemeinsamen Wunsch, alle zwischen beiden Ländern offen stehende Fragen zu besprechen und zu lösen. Als ich in Genua ankam, lud ich Henderson und Grandi zu einem Frühstück und in der freundschaftlichsten Weise suchten wir den vorteilhaftesten Weg, um den Erfolg der Verhandlungen zu sichern. So haben die Verhandlungen begonnen, und sie wurden zwei Tage später durch eine weitere Unterhaltung mit Grandi fortgesetzt."

Briand berichtet dann, dass er damals der Ansicht gewesen sei, die weiteren Verhandlungen auf diplomatischem Wege so schnell als möglich beenden lassen zu können. Für etwa verbleibende Restfragen hätte der direkte Verhandlungsweg zwischen den Ministern offen gestanden. Ausserdem habe die Londoner Konferenz bewiesen, dass technische Übereinkommen leichter zu erzielen seien, wenn man vorher die politischen Differenzen beseitigt habe. Briand fährt fort, er wäre bei der Abfahrt Grandis der festen Überzeugung gewesen, dass die Sache in bester Ordnung sei und alles seinen vorgeschriebenen und vorgesehenen Weg gehen werde. Dann aber seien die Reden Mussolinis dazwischen gekommen, und Grandi selbst müsse zugeben, dass die Worte und der Ton des Duce nicht geeignet gewesen wären, freundschaftliche Verhandlungen zu ermöglichen und Abschlüsse zu fördern. Deshalb seien, nach Briands Ansicht, mehrere Wochen notwendig gewesen, damit sich auf beiden Seiten die öffentliche Meinung beruhige.

"Die Fortsetzung der Verhandlungen - so schliesst Briand seine Gegenerklärung - hängt völlig von Grandi ab. Ich hoffe, dass es in einer von üblen Polemiken ungetrübten Atmosphäre geschehen wird."

SPD. Prag, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

In Beneschau bei Prag ist am Mittwoch-Vormittag auf dem Masarykplatz ein Eisenbetonneubau eines zweistöckigen Geschäftshauses eingestürzt. Von den 37 beschäftigten Arbeitern gelang es den meisten, rechtzeitig aus den Fenstern herauszuspringen. Drei Arbeiter wurden verschüttet. Einen konnte man schwerverletzt retten, die anderen lagen abends noch unter den Trümmern. Mit ihrem Tode ist zu rechnen.

In der Stadt herrscht grosse Aufregung. Der Platz ist von Gendarmerie und Militär abgesperrt. Die schwierigen Aufräumarbeiten, die von der Feuerwehr und einigen 100 Soldaten durchgeführt werden, dürften 3 Tage dauern.

SPD. Liegnitz, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch mittag gegen 12 Uhr brach in dem Schloss Ober-Kauffung der Familie Bergmann ein Schadenfeuer aus, das infolge eines achtlos weggeworfenen Zigarettenstummels entstanden war. Das Schloss brannte völlig nieder, obwohl gegen das kilometerweit sichtbare Feuer nicht weniger als 12 Feuerwehren aus den benachbarten Städten ankämpften. Unter den Trümmern des Schornsteins wurde ein Feuerwehrmann aus Kauffung begraben. Er liegt hoffnungslos danieder. Ein anderer Feuerwehrmann kam mit leichteren Verletzungen davon.

Der Schaden wird auf 1 Million Reichsmark beziffert.

SPD. London, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus genehmigte am Mittwoch gegen zwei Stimmen den Vorschlag der Arbeiterpartei, jenen Eltern, die das steuerpflichtige Einkommen nicht besitzen, wöchentlich fünf Schilling Unterstützungsgeld auch für jene Kinder zu gewähren, die zur Entlastung des Arbeitsmarktes künftig die Schule bis zum 15. Lebensjahr besuchen müssen.

SPD. Eutin, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Nachmittag wütete in der Ortschaft Fissau ein grösseres Schadenfeuer. Insgesamt wurden 5 Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Asche gelegt. 11 Familien wurden obdachlos.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat am Mittwoch bei der Weiterberatung der Arbeitslosenversicherung die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, die eine Meldepflicht an die Arbeitsämter bezwecken, abgelehnt, und zwar auch soweit es sich um Betriebe handelt, die öffentliche Aufträge oder Subventionen haben. Die deutschnationalen Anträge, die eine Ein-schränkung der Versicherungspflicht in der Landwirtschaft enthalten, wurden ebenfalls abgelehnt; das Gleiche gilt von dem sozialdemokratischen Antrag auf Einbeziehung des ländlichen Gesindes in die Versicherung. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Regierungsvorschlages, wonach die Jugendlichen unter 16 Jahren von der Versicherung ausgenommen sein sollen, wurde mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Der Regierungsvorschlag, wonach geringfügige Beschäftigungen allgemein versicherungsfrei sein sollen und der Begriff "geringfügig" mit einer Beschäftigung von "nicht mehr als 30 Arbeitsstunden" pro Woche erläutert wird, wurde von Frau Abg. Schroeder (Soz) scharf bekämpft. Sie schilderte die Härten, die sich für Frauen ergeben, die zum Mitverdienen gezwungen sind. Aufhäuser (Soz) verwies darauf, dass die Lohnklasse I bei der Schaffung des Gesetzes für Reine-machefrauen und ähnliche Berufe mit geringfügiger Beschäftigung festgelegt worden sei. Es sei eine grundsätzliche Änderung des Gesetzes, dass Arbeitnehmer, die eine begrenzte Tätigkeit berufsmässig ausüben, von der Arbeitslosenversicherung ausgeschaltet werden. Abg. Leopold (Dn) meinte, man müsse über solche Grenzfälle zur Tagesordnung übergehen. Demgegenüber betonte Frau Schroeder (Soz), dass der Vorschlag der Regierung umso weniger zu verstehen sei, als die Versicherten mit geringfügiger Beschäftigung ohnehin schon eine Verdoppelung der Anwartschaftsdauer erdulden müssten. Schneider (Dem) gab zu, dass der Personenkreis der Versicherung eingeschränkt wird, kündigte aber die Zustimmung seiner Fraktion an.

In der folgenden Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der vorgesehenen Verschlechterungen abgelehnt, ebenso ein Antrag der Wirtschaftspartei, wonach "geringfügige Beschäftigung" auf über 32 Arbeitsstunden ausgedehnt werden soll.

Abg. Gerlach (Soz) begründete einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach Wohlfahrtsarbeiter die Versicherungspflicht verlieren sollen. Der Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums, wonach die Träger der öffentlichen Arbeitsfürsorge im Einvernehmen mit den Arbeitsämtern festsetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll.

Abg. Aufhäuser (Soz) bekämpfte die Neufassung des § 89 a. Er betont: Die Richtlinien, die hier zur Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen werden, lassen befürchten, dass dadurch eine Auslegung im Sinn einer Bedürftigkeitsprüfung als gesetzentsprechend anerkannt und die bisherige sozia-

lere Rechtssprechung durchkreuzt wird. Die Regierungsvorlage müsse gestrichen werden. - Der Streichungsantrag wird abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag auf Streichung der Bestimmung, die solchen Arbeitslosen die Unterstützung nimmt, die sich weigern, bei Geschwistern eine Mitarbeit anzunehmen, wird angenommen. Ein sozialdemokratischer Eventualantrag, Versicherten, denen die Arbeitslosenunterstützung versagt wird, ihre Beitragsanteile zurückzuzahlen, wird abgelehnt.

Aufhäuser (Soz) bekämpfte bei der Beratung der neuen Strafvorschriften, wonach bei unberechtigter Arbeitsablehnung Sperrfristen bis 6 Wochen, bei freiwilliger Arbeitsaufgabe bis 8 Wochen und im Wiederholungsfall bis zu 16 Wochen verhängt werden können, vor allem einen noch weitergehenden deutschnationalen Antrag, der die Sperrfristen bis 26 Wochen ausdehnen will. Damit werde die Sperrfrist zur Hungerpeitsche. Die freiwillige Aufgabe einer Stellung sei in der Regel freiwilliger Zwang. Selbst der Besuch von Wirtschaftsschulen sei Arbeitern als freiwillige Aufgabe der Arbeitsstelle mit dem Verlust der Unterstützung ausgelegt worden. - Jäcker (Soz) berichtete, dass in der Landwirtschaft Gründe zur fristlosen Entlassung und der damit verbundenen Sperrfrist geradezu provoziert werden.

Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

SPD. Schwerin, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die "Mecklenburgische Zeitung" meldet aus einer angeblich gutunterrichteten nationalsozialistischen Quelle, dass der Ausschluss der beiden mecklenburgischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Hildebrandt und Steinfatt aus der Nationalsozialistischen Partei bevorsteht.

Dieser Entschluss soll, wie das Blatt berichtet, darauf zurückzuführen sein, dass die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten im mecklenburgischen Landtage trotz aller Anweisungen aus München bisher die gegenwärtige mecklenburgische Rechtsregierung gestützt haben. In führenden Kreisen der Nationalsozialisten liege bereits der Beschluss vor, die gegenwärtige Rechtsregierung in Mecklenburg, die von den Nationalsozialisten abhängig sei, zu stürzen. Auch solle die Möglichkeit einer Regierungsumbildung für den Fall erwogen worden sein, dass ein Sturz der Rechtsregierung sich als ungeeignet erweise. Es sei geplant, dem von Hitler kommissarisch eingesetzten Gauleiter für Mecklenburg-Lübeck Dr. Albrecht das Innenministerium von Mecklenburg-Schwerin zu übertragen.

SPD. Die Nationalsozialistische Partei steht vor der Spaltung! Wie es heisst werden die Gebrüder Strasser schon in den nächsten Tagen eine Oppositionsgruppe bilden, die als "Revolutionäre Arbeiterpartei" (NSDAP-Opposition) in Erscheinung treten soll.

SPD. London, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der neuerdings zwischen England und dem arabischen Königreich Irak zustande gekommene Vertrag ist ein grosser, beachtenswerter Erfolg der Arbeiterregierung. Seit 1922 hatten die Konservativen vergebens versucht, ein Übereinkommen mit dem augenblicklich in Deutschland zur Kur weilenden König Faisal zu erreichen. Die Verhandlungen scheiterten immer wieder an den unannehmbaren Bedingungen und Voraussetzungen, die die konservative Regierung daran knüpfen wollte.

Als Sidney Webb das englische Kolonialamt übernahm war eine seiner ersten Handlungen, die Hindernisse für den Beitritt Iraks zum Völkerbund zu beseitigen.

und damit den Weg zu einer Einigung mit England freizumachen. Nach den jetzt getroffenen Abmachungen wird Irak im Jahre 1932 Mitglied des Völkerbundes und damit aufhören, ein britisches Mandatsgebiet zu sein. Innerhalb fünf Jahren muss England seine Truppen aus Irak zurückziehen. Es verbleiben ihm je eine Luftfahrtbasis westlich des Euphrat und des Schattel Arab. Den Schutz dieser Fliegerstationen garantiert Irak, Die ihm hieraus erwachsenden Kosten fallen England zur Last.

Mit der Verwirklichung des Vertrags geht für Irak, mit seinen rund zwei Millionen Menschen, eine Epoche zu Ende, die erfüllt war mit endlosen blutigen Aufständen und Kämpfen. Auch die von England geforderten Opfer an Gut und Blut waren nicht gering.

SPD. Der Berliner Magistrat hat dem Antrag des Stadtkämmerers Dr. Lange auf Pensionierung am Mittwoch stattgegeben. Die gesetzliche Pension beträgt 68 % des Gehalts, das sind etwa 19 000 Mark jährlich. Dr. Lange steht im 58. Lebensjahr.

SPD. Dresden, 2. Juli (Eig. Drahtb.)
Das Ersuchen der Rechtsparteien an die Demokraten um neue Verhandlungen zur Bildung einer "marxistenreinen" Regierung ist von den demokratischen Abgeordneten des Landtags abgelehnt worden. Die Verhandlungen werden trotzdem stattfinden.

SPD. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Mittwoch beschlossen, die Steuervorlagen der Regierung abzulehnen. Es verlautet, dass dieser Beschluss einstimmig gefasst wurde.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 2. Juli (Eig. Bericht)

Die parlamentarische Bühne bietet mancherlei Abwechslung. Ein Schauspiel, wie es am Mittwoch im Reichstag vor der Annahme des Amnestiegesetzes, die mit 242 gegen 135 Stimmen erfolgte, aufgeführt wurde, gehört aber denn doch zu den grössten Seltenheiten und Sensationen.

Auf der Tagung stand die 3. Beratung des von den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Everling und Dr. Oberfohren eingebrachten Gesetzentwurfs für die Befreiungsamnestie. Wie schon die Namen dieser Ultra-Rechten zeigen, wünschen sie die Freilassung der völkischen und nationalsozialistischen Gegenrevolutionäre. Zur Annahme des Gesetzentwurfes bedurfte es der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit. Da die Sozialdemokratie selbstverständlich gegen eine Amnestie stimmen musste, die allein oder vorwiegend den Todfeinden der Republik von rechts zugute kommt, war die Annahme des Gesetzes nur durch die Stimmen der Kommunisten zu erreichen. Man musste annehmen, dass die Kommunisten gegen die Amnestie stimmen würden, hatte doch ihr Redner Pieck in der zweiten Lesung den deutschnationalen Gesetzentwurf mit vollem Recht als eine Ausgeburt reaktionärer Phantasie bekämpft.

Die Aussprache war nur kurz. Der christlichnationale Abgeordnete von Lindener-Wildau hielt eine sentimentale Verteidigungsrede für die jungen Leute, die in den Revolutionswirren ohne Untersuchung und ohne Richterspruch angeblich Verräter niedergemetzelt haben. Der Reichsjustizminister Dr. Brecht gab eine Erklärung ab, die sich erst später als mit den Kommunisten vereinbart herausstellte. Er sagte nämlich zu, der Oberreichsanwalt solle angeregt werden, bei Anklagen gegen literarischen Hochverrat schon jetzt im Rahmen des geltenden Rechts eine Anpassung an den Rechtszustand im kommenden neuen Strafgesetzbuch anzustreben. Die Sozialdemokratie musste dieser Erklärung zustimmen, sind doch die mildereren Bestimmungen im neuen Strafrecht auf ihre Anträge zurückzuführen. Die Kommunisten dagegen, die sich jetzt durch diese Ministererklärung ködern liessen, haben stets die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge als eine Verschärfung der Hochverratsbestimmungen bekämpft. Kurz vor der Abstimmung gab der Kommunist Torgler eine donnernde Erklärung ab. Man horchte auf. Sein Trommelfeuer von Schimpfworten richtete sich nicht gegen die Femeamnestie und nicht gegen deren politische Urheber, sondern in wilden Worten keifte er gegen die Sozialdemokratie, die durchaus bestialische Fememörder nicht wieder auf Arbeiter loslassen will. Plötzlich wurde die Absicht Torglers offenbar. Seine ganze Erklärung sollte nur den plötzlichen und jämmerlichen Unfall der Kommunisten maskieren. Hochrot vor Verlegenheit und deshalb mit umso lauterer Stimme verkündigte der kommunistische Führer, dass die nach ihren Worten weltrevolutionäre Kommunistische Arbeiterpartei das Gesetz mit der Befreiung der Fememörder annimmt.

Die KPD hat sich also den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und der Bürgerblockregierung glatt verkauft in der unsicheren Hoffnung, dass auch einige kommunistische Gefangene begnadigt werden. Ob diese früheren Kommunisten nach der Befreiung zur KPD gehen oder nach vielen Vorbildern sich den Nationalsozialisten anschliessen, steht noch keineswegs fest. Noch hatte sich das Haus von seinem Erstaunen über die kommunistische Bettlerrolle nicht erholt, als der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg auf der Tribüne stand und die eigene Blossstellung der Kommunisten zu ihrer Vernichtung steigerte. Er las Stellen aus der Rede vor, die der Kommunist Pieck vor wenigen Tagen zu derselben Amnestievorlage im Reichstage gehalten hat. Damals hat Pieck die ganze Amnestievorlage als ein Machwerk der Deutschnationalen bezeichnet, als eine Spezialamnestie für die Fememörder und nur für die Fememörder unter Ausschaltung der proletarischen politischen Gefangenen. Darum, so erklärte Pieck vor wenigen Tagen, werde die Kommunistische Partei gegen diese Amnestie

stimmen. Die Kommunistische Partei kenne keine Verhandlung, sondern nur Kampf. Hier unterbrach schallendes Gelächter des ganzen Hauses die Zitate, die der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg vorlas. Dutzendfach wurde gerufen: "Weltrevolutionärer Kuhhandel". Die Kommunisten wussten sich nicht anders als durch rabiate Schimpfworte zu helfen. Landsberg aber las ruhig weiter. Der Kommunist Pieck hat vor wenigen Tagen die Femeamnestie als einen Entwurf gekennzeichnet, der die ganze sittliche Entartung der bürgerlichen Parteien zeige. Jetzt aber, nachdem man mit dem Bürgerblockminister und mit dem deutschnationalen Fürstenanwalt Dr. Everling in verschiedenen Zimmern gekuhandelt hat, schwenkt die KPD gehorsam im Tross der Deutschnationalen in die Fememörder-Amnestiefront ein. Witzig sagte Landsberg: nach den gesetzlichen Bestimmungen müssten die Prospekte aller Aktiengesellschaften veröffentlicht werden. Er bedauere, dass es keine gesetzliche Bestimmung gebe, die den Geschäftspakt zwischen dem Deutschnationalen Everling, dem wirtschaftsparteilichen Reichsjustizminister Bredt und den kommunistischen Weltrevolutionären a.D. der Öffentlichkeit übergebe. Das seien schöne Revolutionäre, die sich gegen das Misslingen einer etwaigen Revolution durch einen Rückversicherungsvertrag mit den schlimmsten Gegenrevolutionären sicherten. Unter minutenlangem Gelächter des Parlaments stellte Landsberg fest, dass die Kommunisten mit diesem Kuhhandel sogar die einstigen Nationalliberalen im Kaiserreich übertroffen hätten. Zur Rechten gewandt erklärte der sozialdemokratische Redner, dass die Sozialdemokratische Partei durchaus bereit gewesen sei, Gnadenerweise im früher besetzten Rheinlande zu begünstigen. Mecklenburg, Pommern und Bayern, wo die Fememörder gehaust hätten, liege jedoch nicht im Rheinlande. Er stelle fest, dass die Mehrheit des Reichstags mit Einschluss der Kommunisten Verbrechen schwerster Art als Bagatellen behandle. Die Sozialdemokratie mache eine solche Gesetzgebung nicht mit. Während der wuchtigen Rede Landsbergs war die Anteilnahme des ganzen Hauses an der Amnestievorlage bis zu hoher Erregung gestiegen. Schliesslich konnte auch der kommunistische Abgeordnete Pieck, an dem Landsberg unter dem Jubel der sozialdemokratischen Fraktion die züchtigende Prozedur vollzogen hatte, nicht mehr schweigen. Er musste auf die Tribüne hinauf und alles Brüllen half ihm nichts. Noch einmal bezeichnet der Kommunist die Amnestie als ein Schandwerk der Gesetzgebung, dann aber hoben die Kommunisten gemeinsam mit den Deutschnationalen, gemeinsam mit den nationalsozialistischen Parteigenossen der Fememörder, gemeinsam mit den Volkskonservativen und der christlich-nationalen Bauernpartei, gemeinsam auch mit den Regierungsparteien und ihren Ministern die weissen Jakarten für die Femeamnestie. Der Präsident stellte fest, dass 290 Abgeordnete für und 135 gegen die Amnestie gestimmt haben. Die verfassungsändernde Mehrheit ist erreicht, die Fememörder werden befreit und, soweit sie noch nicht verurteilt sind, von jeder Weiterverfolgung ihrer Mordtaten befreit. Unter Führung Fricks und Dr. Everlings brach die Rechte in stürmische Bravorufe aus. Einige Sozialdemokraten riefen Pfui, die gesamte Fraktion schämte sich, dass eine sogenannte Arbeiterpartei sich um einiger Scheinzusagen willen an dieschlimmsten Feinde der Arbeiter verkauft hat und nun die Tore der Gefängnisse für blutbefleckte Femetäter sich öffnen.

Der Reichstag trat dann in die Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rossmann wandte sich entschieden und mit reichem Material gegen die unrichtigen Schreibereien in der grossen liberalen Presse Berlins, z.B. im "Berliner Tageblatt". Die Zahl der Kriegsbeschädigten sei allerdings seit dem vorigen Oktober von 720.000 auf 840.000 gestiegen. Daraus schlossen die Herren vom "Berliner Tageblatt" auf eine Futterkrippenwirtschaft, ähnlich wie bei der Arbeitslosenversicherung. Solche journalistischen Erzeugnisse müssten aufs Schärfste zurückgewiesen werden. Die Versorgungskosten für die Opfer des Weltkrieges würden Deutschland unter allen Umständen noch mehrerer Jahrzehnte drücken, ständen doch für die Kriegsoffer aus dem Kriege 1870/71 jetzt noch 12 Millionen im Versorgungsetat. Es gebe kein Land, ausser Russland, dass die Zahl der versorgten Kriegsoffer so eingeschränkt habe wie Deutschland. Man müsse bei der neuen Steigerung

auch berücksichtigen, dass in der Inflation die Zahl der Versorgungsberechtigten von 1.550.000 auf 840.000 gesunken sei, die man mit Hilfe ganz wertloser einmaliger Papiergeldabfindung aus der Versorgung hinausgebracht habe. Rossmann wandte sich ferner gegen den Versuch, weitere Rentenansprüche nicht anzuerkennen, wie die Stegerwald'sche Novelle vorsieht. Er wies darauf hin, dass jetzt schon nur 10-15 v.H. der neu eingereichten Anträge auf Kriegsversorgung genehmigt werden. Wenn die Regierungsparteien an Pensionen kürzen wollten, so sollten sie nicht bei den kleinen Kriegsrenten anfangen, sondern dem sozialdemokratischen Kürzungsgesetz gegen die Grosspensionäre zustimmen.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Reitze nahm sich der Kriegerwitwen an, die zum Teil eine Aufbesserung von ganzen 15 Pfennig monatlich erhalten hätten. Das monatliche Einkommen der Kriegerwitwen betrage in Ortsklasse A 73 bis 81 Mark, in Ortsklasse B 37,50 Mark, wozu noch eine Zusatzrente von 34 Mark kommen könne. Sie ersuchte das Arbeitsministerium um Aufbesserung dieser Bezüge. - Der Zentrumsabgeordnete Dr. Krone sprach die Hoffnung aus, dass die Sozialdemokraten der Novelle zum Versorgungsgesetz im Interesse der Kriegsoffer doch noch zustimmen werde. Er bedauerte im übrigen die Angriffe süddeutscher Zentrumsblätter gegen Minister Wissell. - Der kommunistische Abgeordnete Gräf-Dresden sagte, Deutschland sei im Gegensatz zu den Behauptungen der Sozialdemokratie kein Sozialstaat, sondern immer noch ein Militärstaat.

Weiterberatung Donnerstag 15 Uhr.

SPD. London, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat das indische Kolonialamt angewiesen, alle Vorbereitungen für die im Herbst vorgesehene englisch-indische Konferenz zu treffen. Im Anschluss an diese Meldung erklärt der "Daily Herald", er sei von autoritativer Stelle beauftragt, das Gerücht zu dementieren, dass die Regierung den Bericht der Simon-Kommission beseite gelegt habe. Es sei aber auch ebenso klar, dass die Vorschläge der Simon-Kommission nicht die Basis für die Indienpolitik der Regierung bilden könnten. Die Regierung werde mit freien Händen in die Konferenz gehen, ungebunden an irgend eine spezielle Politik, welcher Art sie früher gewesen sei oder vom Simon-Bericht empfohlen werde. Es wäre jedoch eine törichte Annahme, zu glauben, die Regierung würde die Arbeit der Simon-Kommission einfach ad acta legen.

SPD. Friedland (Meckl.), 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Von amtlicher Seite erfahren wir zu dem Mord an dem Pastor Kappel in Ducherow folgendes: Die Ermittlungen haben bisher ergeben, dass Kappel durch Geräusche im Schlaf geweckt in den Flur neben seinem Arbeitszimmer geeilt ist. Hier fand er zwei Männer vor, von denen der eine bei seinem Erscheinen sofort aus einem Revolver mehrer Schüsse abgab. Der Pastor brach sofort schwer verletzt zusammen. Von einer Hausbewohnerin wurden die Schreie gehört. Sie eilte darauf zu Hilfe. Inzwischen waren aber die Einbrecher, ohne den beabsichtigten Diebstahl ausführen zu können, verschwunden. Kappel, der noch Lebenszeichen von sich gab, erklärte sofort, es seien zwei Einbrecher, ein älterer und ein jüngerer gewesen. Bald darauf verstarb er, ohne weitere Angaben gemacht zu haben.

Neuer Kurs in Ägypten.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

SPD. Kairo, Ende Juni (Eig. Bericht)

Die Lebensdauer des Kabinetts Nahas Pascha hat in keinem Verhältnis zu der seiner Geburtswochen gestanden, die nicht viel weniger Zeit in Anspruch genommen haben, als seine ungefähr sechsmonatige Amtstätigkeit. Sein plötzlicher Abgang ist für europäische Begriffe eigentlich etwas unerhörtes. Es ist mit einem Schlage und fast geräuschlos von der Bildfläche verschwunden, obwohl es nicht nur die Majorität der Kammer sondern durch die jüngsten Nachwahlen auch im Senat einen so starken wafdistischen Zuzug erhalten hatte, dass jeder europäische Staatsmann an einer solchen überwältigenden Majorität seine helle Freude gehabt hätte. Dennoch hat sich der Szenenwechsel zwischen parlamentarischem System und einer Diktatur, die das neue Ministerium trotz seines öffentlich bekundeten Willens mit der Volksvertretung weiter zu arbeiten zweifellos darstellt, so rasch abgespielt, dass der an langwierige Verfassungskämpfe gewöhnte europäische Mensch fast versucht ist an Wunder zu glauben.

Auch der Orient hat zwar die westlichen Ideologien in seine politische Praxis eingeführt, aber sie sind hier nur zum Geheimmittel einer kleinen Schicht Wissender geworden, die ihre Kenntnis zu eigenem Nutz und Frommen anwenden. Der Pol des politischen Lebens der östlichen Welt bleibt weiter die um Personen gescharte Klique, für die das Volk nur als Kanonenfutter zur Eroberung der politischen Macht, des Staatsapparats und vor allem der Staatsfinanzen dient. Nur so wird erklärlich, dass die Politik eines auf Demokratie eingestellten Landes wie Ägypten in kritischen Augenblicken immer wieder von einer Einzelperson, dem König Fuad bestimmt wird, dessen politische Weisheit im Ausspielen der persönlichen Interessen besteht, wobei das letzte Ziel seiner Bemühungen in einer ebenfalls rein persönlichen Angelegenheit, der Erhaltung seiner in Ägypten übrigens landfremden Dynastie albanesischen Ursprungs besteht.

Nach aussen hin geht der Kampf allerdings noch um einige andere Dinge. Die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe Ägyptens rückt immer näher und bedroht das Phäakenleben der besitzenden Klasse des Landes. Über die Notwendigkeit dieser Krise Herr zu werden herrscht in allen Lagern Übereinstimmung; dagegen sind die Meinungen über die anzuwendenden Mittel geteilt. Der Wafd hat sich die Sache wenigstens nicht allzu schwer gemacht. Er war in der glücklichen Lage eine Goldreserve von 40 Millionen Pfund im Staatsschatz vorzufinden und seine Fürsorgetätigkeit begann mit der Verteilung von indirekten Liebesgaben an seine prominenten Gefolgsmänner. An die grossen und mittleren Grundbesitzer sind aus dieser Quelle zunächst acht Millionen Pfund in Gestalt von Subventionen unter der Firma "Stützung der Baumwollpreise" geflossen und das Kabinett war im Begriff weitere Summen für diese Zwecke zu bewilligen. Die unmittelbare Folge dieser Grosszügigkeit auf Kosten des Staatssäckels war eine Panik auf dem Markt der ägyptischen Staatspapiere, da eine Fortsetzung dieser Finanzpolitik die baldige Erschöpfung dieses hauptsächlich zu Neuanlagen der Bewässerungswirtschaft und der Elektrifizierung des Landes bestimmten Geldes mit Sicherheit befürchten lassen musste.

Dieses Finanzgebaren allein hätte jedoch den Gegnern Nahas Paschas noch nicht den genügenden Anlass gegeben, sein Ministerium zu stürzen. Ihre Bemühungen wurden von dem Ministerpräsidenten selbst durch eine Reihe taktischer und politischer Fehler erleichtert. Der schwerste bestand darin, dass er den König menschlich nicht zu behandeln verstand und die Spannung noch künstlich dadurch verschärfte, dass er als Reaktion auf die Wühlarbeit des Königs gegen das Ministerium nach bewährtem ägyptischem Brauch in der Kammer durch einen seiner Mameluken Brandreden gegen die Dynastie halten liess und darüber hinaus versuchte durch das Gesetz zum Schutze der Verfassung, den König zu einer Marionette des Wafd zu machen. Das sind Vergehen, für die der Herrscher Ägyptens keinen Par-

don, kennt.

Bei der Praxis König Fuads in politischen Kulissenintrigen vollzog sich die Beseitigung des unbequemen Premiers mit einer blitzartigen Geschwindigkeit. Es gab nur einige den intimsten Eingeweihten sichtbare aufregende Augenblicke mit Bereitschaft der dem König unbedingt ergebenen Armee und einer Alarmierung der englischen Garnison Kairos "zum Schutze der Ausländer". Schüchterne Versuche des Wafd mit der Polizei als Kadre einen offenen Widerstand zu wagen wurden angesichts der ausgezeichneten Vorbereitung der Gegenseite sehr bald aufgegeben.

Nahas Pascha sucht seinen Rückzug durch ein in der ägyptischen Politik stets zugkräftiges Mittel zu verschleiern. Die ihm ergebenen Organe haben mit einer auf Regie hindeutenden Einstimmigkeit das Geschrei angestimmt, dass er einer Intervention Englands zum Opfer gefallen ist. In dem jetzigen Fall trifft diese Behauptung jedoch nicht zu. England hat bisher gar nicht daran gedacht, die inoffiziellen Abmachungen mit dem gestürzten Ministerpräsidenten, die zu einer für beide Teile annehmbaren Regelung der Sudanfrage geführt hätten, zu kündigen. Das Londoner Auswärtige Amt hat lediglich auf ein Stichwort aus Kairo gewartet, um neue Verhandlungen auf dieser Grundlage wieder aufzunehmen.

Haupt und Glieder des neuen Kabinetts verraten deutlich die Tendenzen, deren Förderung dieser kalte Staatsstreich beabsichtigt. Es ist der diesmal vollständig geglückte Versuch des an wirtschaftlichen Einfluss in ständigem Vormarsch befindlichen Finanzkapitals dem Grundbesitz die politische Macht zu entwenden. Darum ist es auch mehr als ein Zufall, dass die Seele des Ministeriums der Leiter des grössten nationalen Bankinstituts Ägyptens, der Bank Misr ist. Ismael Sedky Pascha, der in seinen Händen nicht weniger als drei Portefeuilles das des Ministerpräsidenten, des Innern und der Finanzen vereinigt, soll sowohl die Verwaltungsmaschine auf das neue Geleise manövrieren als auch für eine sachgemässere Verwendung der Staatsmittel sorgen. Zu diesem Zweck wurde das Parlament in die Ferien geschickt. Den Sommer und Herbst will Sedky Pascha zur Vorbereitung von Neuwahlen benutzen falls bis dahin nicht die Bildung eines Koalitionskabinetts mit Einschluss einer vom Wafd absplittenden Gruppe möglich sein wird.

Ob das Ministerium der starken Hand und des "stärksten Kopfes", wie sein Chef in der Regierungspresse genannt wird, wirklich im Stande sein wird, die drohenden magern Jahre wenigstens einigermaßen erträglich zu gestalten, lässt sich schwer vorausbestimmen. Wenn ihm die Opposition des Wafd noch Zeit zu positiver Tätigkeit lassen wird, dann wird sich seine Arbeit aller Voraussicht nach in einem sehr eng begrenzten Programm erschöpfen. Er wird sich um die Förderung der Industrialisierung Ägyptens bemühen, um die kapitalistische Entwicklung des Landes zu beschleunigen. Sollte dieser Versuch gelingen, dann kann die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens durch künstliche Auftriebe zu einer Art Scheinblüte gebracht werden. Doch auch diese Konjunktur wird das grosse Problem der ägyptischen Wirtschaft: Agrarreform und Betriebsumstellung der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der internationalen Wirtschaft nicht aus der Welt schaffen können.

SPD. Bochum, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Abwehrbewegung gegen den Akkordlohnabbau im Ruhrgebiet ist am Mittwoch zurückgegangen. Von den am Dienstag in Mülheim in den Streik getretenen 9 000 Arbeitern sind am Mittwoch 7000 zur Arbeit zurückgekehrt. Auch in Essen hat sich die Zahl der Feiernden um 300 vermindert, während die Abwehrbewegung in Düsseldorf, Gelsenkirchen und Bochum konstant geblieben ist bzw. sich etwas verstärkt hat. Die Werke haben den Arbeitern, die in den Ausstand getreten sind, Entlassungsschreiben zugestellt.

"Aus aller Welt"

Eine Spitzbuben-G.m.b.H.

Die Beutezüge der "Baudiag" - Ein sensationeller Prozess aus dieser Zeit der Not.

SPD. Vor dem Schöffengericht Berlin - Moabit stehen 21 junge Menschen unter der schweren Anklage des Bandendiebstahls. 20 Jungen, im Alter von 18, 19 oder 20 Jahren und daneben ein Mädchen, ein junges, verweintes, blondes Ding, sehr fassungslos und anscheinend voller Reue. Dieser Prozess, eigenartig, sowohl was sein Milieu, als auch was seine Objekte betrifft, ist ein Sittenbild der kapitalistischen Gesellschaft, wie es krasser und plastischer nicht gedacht werden kann. Der Hintergrund, schwarz in schwarz, aus Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und fehlendem Elternhaus wächst dieses Leben blutjunger Freibeuter, in denen sich Kinoromantik und Zweigroschenheft-Enthusiasmus zu schauerlicher Verwahrlosung vereinigen. Sehen so Verbrecher aus?

Das Warenhaus der Neunzehnjährigen.

Zuerst fing es so an, wie wir es alle, wenigstens in der Phantasie, in unserer Jugend getrieben haben. Eine organisierte Bande, mit Streifzügen ins "feindliche Gelände", mit viel feierlich-kindischem Zeremoniell, mit viel unreifer Phantasie und Albernheit - rasch war es ihnen Ernst.

Die 21 jungen Leute, die, im Hinblick auf ihr Alter, als geradezu staunen-erregende Routiniers der Verbrecherzunft anzusprechen sind, fuhren in gestohlenen Autos, sehr oft smarten Privatwagen, vor Geschäften vor, schlugen die Schaufenster ein und rafften alles zusammen, was ihnen in die beutegierigen Hände fiel. Irgendwo im Osten hatten sie ihren Schlupfwinkel, wo sie ihre Beute lagern liessen. Allzu viel sammelte sich jedoch nicht an, zwei Leute waren ständig unterwegs, das "eingegangene Material" zu "verschärfen". Eine üble Hehlerkneipe in der Rückerstrasse war ihre flotteste Geschäftsverbindung. Hier setzten sie für ein Spottgeld alles in bare Münze um. Das Lager war reichhaltig, die Unternehmungslust der räubernden Automobilisten grenzenlos. Für jede Branche hatten sie Vorrat, für jedes Dessin Verwendung. Als die Kriminalpolizei die jugendlichen Banditen aushob, fand sie Photoapparate, Grammophone, elektrische Bügeleisen, Radiolautsprecher, Schuhe, Anzüge, Kleider, Mäntel, Geflügel, Käse, Liköre, Bienenhonig, ganze Serien Cognac- und Rumflaschen, mehrere hundert Büchsen Ölsardinen, eine Legion Bäckerstollen und einen Zigarrenbestand, der jedem Engrosgeschäft Ehre gemacht hätte. Die grosszügig arbeitende Firma nannte sich in beinahe geistvoller Ironie "Baudiag", d.h. Berliner Autodiebstahls A.G. Ihr Führer, ein 21 jähriger Werkmeisterssohn namens Müller, bekam den honorigen Titel "Generaldirektor".

Der Landsknecht der Nacht.

Dieser Müller, dem die Anklage 28 Diebstähle vorwirft, war die Seele des fragwürdigen Geschäfts. Er organisierte alles, entwarf die nächtlichen Feldzugspläne gegen die Schaufensterauslagen, sorgte für geregelte Abwicklung des Hehlergeschäftes und wachte über die Disziplin seiner verwegenen Garde - kurzum, er war ein kleiner Kriminal-Mussolini mit einem starken Hang zum Terror auch gegen die eigenen Leute. Bei Frauen hatte er grösste Chancen, die kleinen Mädchen im Osten und Norden der Stadt waren in ihn glühend verschossen. Es hat ein etwas hartes, verarbeitetes, schon frühreifes Gesicht mit trotzigen blauen Augen, aber einer wohlgebildeten, nicht ausdruckslosen Stirn. Seine Kameraden haben Respekt vor ihm, noch auf der Anklagebank scharen sie sich um

den "Generaldirektor" wie die Küken um die Henne. Was er sagt, hat Gewicht, er ist intelligent, aggressiv, herausfordernd und halsstarrig. Von Schuldbe-
wusstsein und Reuegefühl kann nicht die Rede sein, er hält sich für einen
Landsknecht der Nacht, dem alles erlaubt, was anderen verboten ist. Andert-
halb Jahre Zuchthaus beantragt der Staatsanwalt gegen den knapp 21 Jährigen.

Ein zorngefüllter Blick der harten blauen Augen greift zum Tisch des
Staatsanwalts hinüber, der Block, in dem er sich Verteidigungsnotizen ge-
macht hat, fällt polternd auf die Erde, der "Generaldirektor" schlägt die
Hände über dem Kopf zusammen und schluchzt für einen Augenblick ingrinnig in
sich hinein. Das Zuchthaus wird den Kreislauf vollenden. Aus dem verwegenen,
romantisch-gewalttätigen Abenteurer, noch voller Wirrungen und sicher auch
noch voller Möglichkeiten, wird später ein endgültig abgestempelter Verbrecher
ins Leben gehen.

Millers "Marketenderin".

Hinter der dichten Reihe der männlichen Komplizen sitzt das Mädchen, auf-
gelöst, immer verweint; es schämt sich so, dass der Kopf ständig hinter der
Barriere der Anklagebank versinkt. Die Anklage wirft Leni Geisenheimer vor,
an mehreren Diebstählen, zum Teil führend, beteiligt gewesen zu sein. Das Schick-
sal Leni Geisenheimers ist das typische Schicksal eines Proletariermädchens.
Aus mehr als trübem Elternhaus, ärmlich, friedlos, voll schlechter Beispiele,
kam es in die Lehre und wurde nachher arbeitslos. Beim Herumtreiben in den
Strassen und in kleinen Destillen kam Leni mit den "Baudiag"-Leuten in Konnex.
Ein halbes Kind noch, mit blassen, grauen Augen und einer kleinen, etwas nach
hinten fliehenden Stirn-, ganz offenbar geistig minderwertig. Sicher spannen
sich auch erotische Fäden zu der Baudiag-Bande hinüber. Sie war die Marketen-
derin des Müllerschen Lagers, eine doppelt Ausgebeutete, ein zweifaches Opfer
der Gesellschaft.

Die Galerie der Verirrten.

Der hervorstechendste Zug an dieser Bande aber, die jetzt vor dem Richter
steht, ist die sarkastische, lebenswissende Note, die durch alle Unternehmungen
der jungen Gesetzesbrecher läuft. Das sind keine naiven Krakeeler mehr, in de-
nen sich Recht und Unrecht wunderbarlich gemischt haben, sondern verbitterte, von
wilder oppositioneller Zerstörungslust erfüllte Menschen, die ihrem Hass gegen
die Glücklicheren in Hohn und Spott und souveräner Verachtung alles Altherge-
brachten Ausdruck geben. Sicherlich hat die Gesellschaft viel an ihnen gesüdi-

Welch merkwürdige Galerie! Da ist ein junger Mensch mit einem verträumt
leidenschaftlichen Gesicht, seine Augen sind mädchenhaft weich, man könnte ihn
für einen stillen Philosophen halten. 17 Einbruchsdiebstähle wirft ihm die An-
klage vor. Daneben sieht man ein pfiffig burschikoses Kindergesicht, die Un-
schuld selbst. Er ist ein Rückfallsdieb. Wie sagte doch der Staatsanwalt? "Sie
alle haben Hunger gehabt und keiner hatte ein richtiges Elternhaus --". Hier
liegt der Schlüssel zum traurigen Sittengemäde der schönen Firma "Baudiag".

Kuka.

+ + +
Das 48. Calmette-Opfer. Die Zahl der Lübecker Calmette-Opfer ist inzwischen
auf 48 gestiegen. 71 Kinder werden als krank geführt, 73 gelten als gebessert,
nur 59 sind gesund. Bedauernswerterweise spricht alles dafür, dass der Lübecker
Totentanz noch lange nicht abgeschlossen ist und noch mancher Säugling den Fol-
gen des grausigen Irrtums zum Opfer fallen wird.

+ + +
Eingestürztes Wohnhaus. In Beneschau bei Prag ist ein im Bau befindliches
Wohnhaus eingestürzt; 20 Arbeiter wurden verschüttet, 18 inzwischen geborgen:
sie sind sämtlich, zum Teil sehr schwer, verletzt.

+ + +
Die Pleite des dreissigfachen Millionärs. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte
wurde der wegen Untreue und Betrug angeklagte Bankier Hans Dietrich Höpfner

von Sack zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, der Vater des Angeklagten, Kapitän zur See a.D. von Sack, "wegen übermässigen Aufwandes" zu 75 000 Mark Geldstrafe. Nach Ansicht des Gerichts ist der Zusammenbruch des Bankhauses von Sack und Sohn, als dessen Chef die Angeklagten zeichneten, zu vermeiden gewesen, da der Exkapitän Sack ausserordentlich reich sei und beispielsweise von seiner Frau 30 Millionen geerbt habe. Ausserdem stellt das Gericht fest, dass die Angeklagten ausgedehnte Auslandsbeziehungen besässen, die sie sich zur Befriedigung ihrer Gläubiger hätten dienstbar machen können. Der Angeklagte Sack junior bekam für den Fall acht Monate Bewährungsfrist zugewilligt, dass es ihm gelingt, 200 000 Mark für die geschädigten Gläubiger heranzuschaffen.

Tankbootexplosion. Ein mit acht Matrosen besetztes Benzin-Tankboot explodierte auf der Donau in der Nähe von Belgrad. Sieben Matrosen kamen ums Leben.

Abtreibungstragödie. In der Wohnung eines Berliner praktischen Arztes wurde vor einigen Tagen eine 18-jährige Angestellte tot aufgefunden. Jetzt hat der Arzt vor dem Vernehmungsrichter gestanden, dass das junge Mädchen an den Folgen eines verbotenen Eingriffs gestorben ist, ohne dass damit freilich bewiesen sein dürfte, dass der Arzt unmittelbar Schuld am Tode des jungen Mädchens trägt, das sich vielleicht vorher durch eine "weise Frau" hat behandeln lassen. Am Mittwoch ist indes gegen den betreffenden Arzt wegen Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr Haftbefehl erlassen worden; die Anklage dürfte auf fahrlässige Tötung lauten.

Herzogin im Konkurs. Über das Vermögen der österreichischen Herzogin von Leuchtenberg ist der Konkurs eröffnet worden. Die Herzogin ist Besitzerin des ehemaligen grossen Forstbesitzes des Grafen Henckel-Donnersmark.

Eine Lokomotive streikt. Auf der quer durch den Schwarzwald führenden Schwarzwaldbahn entgleiste in der Nähe von Triberg ein Güterzug. Die Lokomotive stand quer zur Tunnelöffnung, sieben Waggons sprangen aus den Schienen. Ein Bahnbeamter wurde schwer verletzt.

Kommunistische Verleumder. Das Grosse Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte am Mittwoch gegen die von dem Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft Brolat, verklagten Redakteure Firl, Hirsch und Frau Altmann der kommunistische "Roten Fahne". Das Urteil wird am Donnerstag verkündet.

Die Anklage lautete auf Beleidigung; Direktor Brolat ist in einem in der "Roten Fahne" erschienenen Artikel als "Lump, Verbrecher, Schweinehund und Schieber bezeichnet worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es Anhaltspunkte dafür gäbe, dass unlautere Beziehungen zwischen den Gebrüdern Sklarek und Brolat bestanden hätten, antwortet Tapolski an Hand der seinerzeit entstandenen Protokolle, dass ein bewusstes Zusammenwirken zwischen Sklarek und Brolat nicht bewiesen sei. Es wurde dann jener Passus in der "Roten Fahne" besprochen in dem es hiess, dass sich Brolat von Leo Sklarek einen Pelz habe schenken lassen. Tatsächlich aber hat Brolat die 2000 Mark, die der Pelz kostete, Leo Sklarek in Gegenwart seines Bruders übergeben. "Wenn behauptet wird, dass ich bei Brolat wegen fehlender Lieferungen interpelliert habe", fährt Leo Sklarek in grosser Aufregung fort, "dann ist das typisch für diese feige Gesellschaft, für die wir neun Monate gesessen haben. Brolat hätte sich niemals für so etwas hergegeben. Er ist nicht so, wie der Obermagistratsrat Clemens oder Direktor Hoffmann, die, kaum, dass sie sich zu mir an den Tisch gesetzt hatten, mir schon die Duzfreundschaft anboten. Ich kenne Fritze Brolat, Das ist ein Mann aus dem Volk. Der ist nicht so wie der Bürgermeister Scholtz und andere Leute, die auf dem Presseball 1928/29 an unserem Tisch den Kaviar aus dem Topf gefressen haben und den Champagner aus Kübeln sofften... In dieser infamen

Affäre sind schon einige vom Tode getroffen worden vor Erregung und mein Bruder Max liegt auf dem Sterbebett... wenn alles mit richtigen Dingen zugegangen wäre, dann hätte nicht einer eine Mark verloren, dann wäre kein Angestellter brotlos geworden und Bürgermeister Scholtz wäre als Intrigant entlarvt!... Aber das sage ich Ihnen: Ludendorff ist ein Galizianer, wenn wir Betrüger sind!" Im übrigen unterstellt auch Amtsgerichtsrat Bues, der Vorsitzende der Verhandlung, als wahr, dass Brolat den Skareks gegenüber in gutem Glauben gehandelt habe. Bürgermeister Scholtz bestätigt als Zeuge, dass Brolats Geschäftsführung in der Berliner Brennstoff-Gesellschaft einwandfrei gewesen sei.

+ + +
Reichswehr-Autokatastrophe. Auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück/Sachsen kam es zu einem Autounfall, als zwei Reichswehrsoldaten von dem Anhänger eines Militärlastautos sprangen. Der eine Soldat verunglückte tödlich, der andere wurde lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Der Hauptmann von Köpenick im Film! Im Programm der neuen Terra-Produktion sollen demnächst die Abenteuer des berühmten Hauptmanns von Köpenick verfilmt werden. Als Regisseur wird Fritz Kortner genannt.

+ + +
Riesenbrände in Polen. In Polen sind in der Stadt Sarnow 28 Häuser und 78 Wirtschaftsgebäude bis auf die Grundmauern niedergebrannt. In einer Vorstadt von Chrzanow wurden 60 Gebäude ein Raub der Flammen.

+ + +
Rückkehr von der Tiefsee-Expedition. Im Kopenhagener Hafen traf von einer grossen Menschenmenge freudig begrüsst, das dänische Tiefsee-Expeditionsschiff "Dana" nach erfolgreicher zweijähriger Erdumseglung ein. Die Expedition stand unter der Leitung des berühmten Tiefseeforschers Professor Johannes Schmidt. Der Forscher brachte u.a. prächtige Exemplare von hunderten bisher unbekanntem Fischarten mit. Hauptsächlich hatte er sich mit Erkundungen über das Leben des Aals beschäftigt. Die Expedition hat festgestellt, dass der Aal nicht nur, wie früher ermittelt, im Atlantischen Ozean bei den Bermudas-Inseln, sondern auch in den tropischen Gegenden bei Neu-Guinea, Sumatra und Madagaska. Man fand weiter, dass es im Indischen-Ozean, der Heimat des Aals, sechs Arten dieses Fisches gibt. Der Aal des Stillen und des Indischen Ozeans nimmt die gleichen Wanderungen vor wie der europäische. - Die Expedition war mit den modernsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet. Mit dem Echo-Lot wurden Tiefen bis zu etwa 9 000 Metern gemessen. Die mitgebrachten Sammlungen und die erzielten Forschungsergebnisse werden im Kopenhagener Carlsberg-Laboratorium bearbeitet werden. Die Kosten der Expedition wurden vom Carlsberg-Fond, der grössten dänischen Wohltätigkeitsstiftung, bestritten.

+ + +
Bootskatastrophe auf der Donau. Durch den starken Wellenschlag eines Dampfers kenterte in der Nähe von Budapest ein mit vier Personen besetztes Roderboot. Zwei der Insassen ertranken, die anderen wurden durch die vom Dampfer ausgesetzten Boote gerettet.

+ + +
Millionärin über Nacht! Die Frau eines Maklers in Chicago gewann im Spielsaal von Le Tourquet (Frankreich) in zwei Nächten über sechs Millionen Franken (rund eine Million Mark) beim Baccaratspiel.

Gewerkschaftliche Bündschau

Verfahrenener Karren.

Zum Konflikt in Arbeit Nordwest.

SPD. Was sich zur Zeit in der Schwereisenindustrie Nordwest abspielt, ist kein Ruhmesblatt für den Reichsarbeitsminister. Wenn man die von dort kommenden Meldungen über Arbeitseinstellungen und Preisabbauexperimente Revue passieren lässt, dann drängt sich einem unwillkürlich der Eindruck auf, dass die Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedsspruchs in der industriellen Nordwestecke einen regelrechten Kuddelmuddel hervorgerufen hat. An dem Durcheinander scheint nur das festzustehen, dass im westlichen Bezirk der Gross-eisenindustrie nunmehr die Arbeitslosigkeit durch die Lohnkonflikte künstlich noch vermehrt wird. Ein wundervolles Ergebnis!

Die Arbeiterschaft wehrt sich gegen den Lohnabbau. Einstweilen haben rund 20 000 Metallarbeiter es abgelehnt, den von den Unternehmern diktierten durchschnittlichen Lohnabbau von $7\frac{1}{2}\%$ hinzunehmen. Soll es in Nordwest im Verlauf der Konflikte nun etwa zu riesigen Aussperrungen kommen? Oder müssen die Arbeiter tatsächlich zu gekürzten Lohnsätzen und unter Zähneknirschen weiterarbeiten?

Die Unternehmerpresse gibt sich sehr zuversichtlich. Sie glaubt, schon jetzt über die Lohnabbauabwehr der Metallarbeiter im nordwestlichen Bezirk triumphieren zu können. So lässt sich die "Kölnische Zeitung" aus dem Industriegebiet folgendes schreiben: "Die Arbeiter, die auf die Hetze des Deutschen Metallarbeiter=Verbandes hereingefallen sind und sich den Teilausständen angeschlossen haben, haben sich vielleicht selbst um ihren Arbeitsplatz gebracht. Sie wussten genau, dass bei einem Nichteingehen auf die Vorschläge der Werke ihre zunächst vorsorglich ausgesprochene Kündigung Tatsache werden würde. Ob die Arbeiter, die ein sicheres, wenn auch geringeres Arbeitseinkommen gegen die unsichere, zum mindesten zeitlich begrenzte Unterstützung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingetauscht haben, gut beraten waren? Wir möchten es bezweifeln, weil die miserable Wirtschaftslage auch nicht ohne Einfluss auf die Kassen der Gewerkschaften bleibt. Wie man hört, zahlt nur noch etwa die Hälfte der Mitglieder Beiträge. Einzelne Verbände darunter gerade der Deutsche Metallarbeiterverband, sind schon gezwungen, zur Aufbringung ihrer grossen Verwaltungskosten und zur Erfüllung ihrer sonstigen Verpflichtungen auf ihre Rücklagen zurückzugreifen. In Arbeitgeberkreisen legt man den Teilausständen keine allzu grosse Bedeutung bei".

Nicht nur die Unternehmer - auch die Gewerkschaften können rechnen. Sie wissen, dass die Unterstützung ihrer Mitglieder, die sich der Lohnkürzung widersetzen, Geld kostet. Die Freien Gewerkschaften sind keine Hasardeure, ihre Leitung besteht nicht aus kommunistischen Phantasten, die skrupellos Arbeiter ins Unglück jagen. Der Deutsche Metallarbeiterverband weiss genau, was er tut, und was er sich zutrauen kann. Die Sorge, ob seine Mittel zur Unterstützung ausreichen, können die Unternehmer ruhig ihm selbst überlassen. Etwas anders aber liegt die Frage, ob nicht doch so mancher Metallarbeiter aus Angst vor Dauerarbeitslosigkeit schliesslich doch klein beigibt und zu verkürzten Lohnsätzen weiter arbeitet. Der Arbeiter sieht, dass die Metallindustriellen die Aussperrung benutzen, um bei der Wiedereinstellung unbequeme Arbeitskräfte abzustossen.

Trotz der zur Schau getragenen Zuversichtlichkeit ist jedoch auch den Schwerindustriellen nicht ganz wohl zumute. Daher das krampfhaft Gerede ihrer Presse über "wirklichen Preisabbau", der jetzt bei den Werkskonsumvereinen einsetzen werde. Mit grossem Tamtam wird verkündet, die Leitung des Eisen- und Stahlwerkes Hösch in Dortmund habe angeordnet, dass in den Werkskonsumanstalten und ihren Filialen eine Freissenkung für Lebensmittel durchgeführt werde, die zwischen 2 und 12 Pfennig pro Pfund Lebensmittel liege. Die Massnahme von Hösch soll angeblich einem in einer gemeinsamen Beratung festgelegten einheitlichen Vorgehen sämtlicher rheinisch-westfälischer Industriekonzerne und einzelner industrieller Werke, soweit sie eigene Konsumvereine haben, entsprechen. Diese Preisabbau-Schwalben machen noch keinen Sommer. Mit tröstender Stimmungsmache in der Preisfrage und brutaler Niederknüpfung der Lohnfrage löst man das Problem nicht, das bei der Entscheidung über den Oeynhausener Schiedsspruch zu lösen war. Anscheinend hat man jetzt auch in Unternehmerkreisen das Gefühl, dass in der Lohn- und Preisfrage der Karren im Augenblick gründlich verfahren ist und die bisher gemachten bitteren Erfahrungen in neuen Verhandlungen nutzbar gemacht werden müssten. Man rechnet dort zweifellos damit, dass schon bei den infolge der Kündigungsabsichten auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in der Schwereisehindustrie noch im Juli stattfindenden Vorbesprechungen eine Besserung der unerquicklichen Situation herbeigeführt wird. Zu wünschen wäre es.

SPD. Die Wahl zum Hauptbetriebsrat der preussischen Wasserbauverwaltung brachte den freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg. Sämtliche sieben gewählte Mitglieder gehören den freien Gewerkschaften an: 5 Arbeitervertreter sind Mitglieder des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs; von den beiden Angestellten im Hauptbetriebsrat ist der eine Mitglied des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und der andere Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten.

Die rechtstehende "Deutsche Wasserstrassen-Gewerkschaft", die schon seit 1927 eine Vertretung im Hauptbetriebsrat nicht mehr hatte, konnte auch in diesem Jahr bei den Wahlen trotz aller Anstrengungen und trotz einer vielfach reichlich üblen Agitation von den sieben Sitzen nicht einen einzigen erobern.

In diesem Jahr waren insgesamt 3 324 wahlberechtigte Arbeiter und 375 wahlberechtigte Angestellte - gegen 3 804 Arbeiter und 390 Angestellte im Vorjahr - innerhalb der preussischen Wasserbauverwaltung beschäftigt. Gewählt haben davon 2 929 Arbeiter oder 88 % und 283 Angestellte oder 75,4 %. Von den 2 879 gültigen Arbeiterstimmen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 2 512 oder 87,3 % und auf die Liste der "Deutschen Wasserstrassengewerkschaft" 367 Stimmen oder 12,7 %. Von den 270 gültigen Angestelltenstimmen konnten die freien Gewerkschaften 200 (74,1%) und die Deutsche Wasserstrassengewerkschaft 70 Stimmen (25,9 %) buchen.

Unter den grösseren Dienststellen war die Wahlbeteiligung diesmal wieder am stärksten bei dem Wasser- und Maschinenbauamt in Emden. Von 657 wahlberechtigten Arbeitern haben dort 617 oder 94 % und von 83 Angestellten 77 oder 92,8 % gewählt. Von den 612 gültigen Arbeiterstimmen entfielen in Emden 554 oder 90,5 % auf die Liste der freien Gewerkschaften und 58 Stimmen (9,5%) auf die in der Deutschen Wasserstrassengewerkschaft.

Von den 13 Hauptbetriebsvertretungen, die bei den einzelnen Ministerien im Reich und in Preussen, einschliesslich Reichsbahn und Reichsbank, gebildet worden sind, kann lediglich der Hauptbetriebsrat der preussischen Wasserbauverwaltung die Ehre für sich in Anspruch nehmen, nur aus freigewerkschaftlichen Mitgliedern zu bestehen. Bei allen übrigen 12 Hauptbetriebsvertretungen sind die gegnerischen Organisationen leider noch immer mit einem oder mehreren Mitgliedern vertreten. Wohl hat die übergrosse Mehrheit der Angestellten und Ar-

beiter innerhalb der preussischen Wasserbauverwaltung durch die Wahl erneut zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der Tätigkeit des freigewerkschaftlichen Betriebsrates und insbesondere mit der Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses einverstanden ist, allein es muss dennoch dafür gesorgt werden, dass im nächsten Jahr - und das gilt vor allem für die Angestellten - die Wahlbeteiligung eine noch stärkere wird. Die sogenannte "Gewerkschaft der Zukunft" wie sich die "Deutsche Wasserstrassengewerkschaft" gern nannte, muss für die Zukunft eine Gewerkschaft der Vergangenheit bleiben. Das wird leicht möglich sein, wenn sich der letzte Wasserbauarbeiter seiner wirklichen Berufsorganisation, dem Gesamtverband, als Mitglied anschliesst.

SPD. Ein schwerer Lohnkonflikt bedroht die ostpreussische Landwirtschaft. Die Unternehmer haben beschlossen, die geforderte Verbesserung der Löhne abzulehnen, und darüber hinaus die Absicht kundgetan, erhebliche tarifliche Verschlechterungen zu erzwingen. Ihre Hauptforderungen lauten:

"Die Verpflichtung der Frau zur Mitarbeit soll auch dann bestehen, wenn Hofgänger gestellt werden, da das dem Manne gewährte Deputat als Familienlohn zu bewerten sei und damit der Arbeitgeber auch Anspruch auf die Arbeit der Frau habe.

Halten sich ohne Einverständnis des Arbeitgebers in der Werkwohnung andere Personen auf, so bildet dieses, auch wenn es Familienangehörige sind, einen Grund zur fristlosen Entlassung des Arbeiters. Die Arbeit beginnt auf der Arbeitsstelle, also nicht mehr auf dem Hofe, Ueberstunden sind in jedem Falle, wenn der Arbeitgeber es fordert, ohne Prüfung der Notwendigkeit zu leisten. Die Regelung der Pausen bleibt dem Arbeitgeber überlassen."

Spiel mit dem Feuer! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter sind in der ganzen deutschen Landwirtschaft nirgends so rückständig wie in Ostpreussen. Ein ostpreussischer Deputatarbeiter muss sich mit einem Gesamtstundenlohn - Bar und Deputatlohn zusammengerechnet - von rund 35 Pfennigen zufriedengeben. Eine Deputantenfrau bringt es auf einen Gesamtstundenlohn von rund 22 Pfg., ein jugendlicher Arbeiter (Hofgänger) von 18 Jahren auf 15 Pfennige! Damit kann auch ein ostpreussischer Landarbeiter nicht die einfachsten Bedürfnisse befriedigen. Kein Wunder, wenn das Vorgehen der ostpreussischen Agrarier bei den Landarbeitern wie eine Bombe eingeschlagen und ungeheure Empörung hervorgerufen hat.

Mit der "Not der Landwirtschaft" werden die Agrarier hoffentlich nicht ihre brutale Haltung in der Lohnfrage rechtfertigen wollen. Wenn gespart werden soll, dann bitte wo anders als an dem Hungerlohn des Landarbeiters! Wir empfehlen den Agrariern Ostpreussens, zunächst einmal bei ihrer Unterstützung der nationalistischen Kampfverbände, der Stahlhelmer usw. sparen.

Im Augenblick liegt die Entscheidung über Frieden oder Krieg in der ostpreussischen Landwirtschaft bei den Schlichtungsinstanzen. Wird ihr Spruch die Lebensinteressen der ostpreussischen Landarbeiter berücksichtigen?

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat in dem tarifstreit der Seeschiffwerften die von seinem Schlichter gefällten Schiedssprüche für verbindlich erklärt.



Krisenüberwindung durch Sonderinvestition.

Wirtschaftsanalyse der Reichskreditgesellschaft.

SPD. Die dem Reich gehörende Reichskreditgesellschaft hat auch diesesmal an der alten guten Uebung festgehalten, in Abständen von je einem halben Jahr eine gründliche Uebersicht über Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung der Öffentlichkeit vorzulegen. Dem diesmaligen Bericht für das erste Halbjahr 1930 kommt besondere Bedeutung zu, weil er sich mit der Phraseologie der gegenwärtigen Reichsregierung über Preis- und Lohnabbau nicht begnügt.

Die fürchterliche Wirtschaftskrise in Deutschland führt die Reichskreditgesellschaft auf die in der zweiten Hälfte 1928 mit den Befürchtungen eines für Deutschland ungünstigen Verlaufs der Reparationsverhandlungen einsetzen- den Kapitalabwanderung aus Deutschland (Vertrauenskrise), einer Lähmung der Unternehmungslust und der Finanzmisere vieler öffentlicher Körperschaften zurück. Gerade der letzte Faktor beraubte mit der Drosselung öffentlicher Aufträge der Konjunktur eine wichtige Stütze. Dazu kamen weltwirtschaftliche Erschütterungen. Hier wird besonders auf den katastrophalen Rückgang der lange Zeit künstlich hochgehaltenen und sogar spekulativ getriebenen Rohstoffpreise verwiesen. Die Liquidierung der Vorräte und die mit der Einschränkung der Investierung verbundene Verringerung der Kapitalnachfrage habe mit der Zeit zu einem verhältnismässig grossen und noch im Steigen begriffenen Angebot an verfügbaren Geldern geführt. Die Wertverschiebungen hätten, wie in den Zeiten des Konjunkturrückgangs vor dem Kriege, Ungewissheit über das Ausmass dieser Verschiebungen und ihrer Wirkungen auf die einzelnen Wirtschaftseinheiten und Wirtschaftsgruppen erzeugt, die zur Zurückhaltung gegenüber langfristiger Kapitalanlage geführt hat. Sobald die Grenzen dieser Wertverschiebung erkennbar sein werden und sobald sich ergebe, welche Wirtschaftsgruppen im Verlaufe der Umstellung an Zukunftsaussichten gewonnen haben und welche verloren haben, werde das grosse Angebot an verfügbaren Geldern dem Kapitalmarkt zugute kommen, die Kapitalversorgung erleichtern und das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt herabmindern.

Leider müssen wir feststellen - wir erinnern dabei an den Entwurf der neuen Richtlinien für die Beratungsstelle -, dass die amtliche Politik ihr möglichstes tut, um die von der Reichskredit erwarteten günstigen Auswirkungen zu unterbinden. Andererseits entsteht mit Recht die Frage, wo die mit Hilfe des angebotenen Kapitals möglichen Investitionen einsetzen sollen. Der hinter uns liegende erste Abschnitt der deutschen Rationalisierung hat unzweifelhaft die Kapazität vieler Industrien übersteigert. Die Kohlen- und Eisenindustrie, die Textilindustrie, das Nahrungsmittelgewerbe, überhaupt die ganze Fertigwarenindustrie haben Produktionsmöglichkeiten, die im stärksten Gegensatz zur Kaufkraft, insbesondere der der breiten Massen steht. Die Waren, die erzeugt werden können, sind nicht abzusetzen. Dazu wird in Zukunft die Drosselung der Kaufkraft durch den Lohnabbau treten. Die Kluft zwischen Kaufkraft und Kapazität wird sich dadurch erweitern. Weitere grössere Investitionen, wie wir sie in der Zeit der Mechanisierungsperiode während der letzten 5 Jahre erlebt haben, erscheinen bedenklich und stellen sich als Kapitalfelleitungen dar. Man muss hier nach anderen Möglichkeiten der Kapitalanlage suchen.

Die Reichskredit spricht hier davon, "dass es der Erleichterungen für Investitionen auf solchen Gebieten bedürfe, in denen sich die Anlagen als zu klein erweisen oder der Wahrscheinlichkeit nach sich bald als ungenügend erweisen müssen, wie z.B. auf dem Gebiet der Wohnungen, der Strassen, mancher Kraftwerke und dergleichen." Nordamerika, in dem viele Leute noch immer das Land des ausgeprägten Spiels der freien Kräfte und einer ungehemmten individualistischen Wirtschaft sehen, hat das Problem in idealer Weise angefasst, indem es durch das Hooversche Arbeitsbeschaffungsprogramm riesige Kapitalströme z.B. in Strassenbau, Ausbau von Häfen usw. lenkte. In Deutschland hat man sich dagegen von dem Konjunkturumschwung, trotz aller Warnungen von gewerkschaftlicher Seite überraschen lassen und hat auch nicht annähernd Gleiches zu präsentieren. Die Umstellung in der Richtung des Kapitalstroms wird deshalb bei uns viel schwieriger sein als drüben.

Die Schwierigkeiten zeigt die Reichskreditgesellschaft auf, indem sie feststellt: "Der Erlös, der mit Hilfe neuer Anlagen (Wohnungen, Strassen, Kraftwerke und dergleichen) erzielt werden kann, ist wahrscheinlich geringer als er in den vergangenen Jahren war und wird verständlicherweise in einer Zeit starker Preisverminderung auch für die Zukunft geringer geschätzt. Daher hat die Zurückhaltung gegenüber jeder Art von Investitionen Platz gegriffen, die nicht allein in dem Mangel an Kapital, sondern darüber hinaus in der Furcht künftiger Verminderung der Erlöse ihren Grund hat. Bei solcher, oft berechtigten Befürchtung muss Verminderung der Kosten dem Unternehmer Aussicht auf Aufrechterhaltung des Gewinnes eröffnen; der Unternehmer muss die Möglichkeit sehen, den Gewinn dem vermehrten tatsächlichen oder scheinbaren Risiko anzupassen".

Die Argumentation der Reichskreditgesellschaft zielt also auf eine Verminderung der Kosten ab. In Frage kommen hier Gebiete, deren Materialkostenübersteigerung geradezu sprichwörtlich und horrend ist. Hier müsste zunächst mal die Korrektur einsetzen. Dass sie möglich ist, beweisen z.B. die Abschlüsse der Zementindustrie, die trotz verringerten Umsatzes ihre Rente halten und sogar, bei wichtigen Gesellschaften, steigern konnten. Für die Kostensenkung kommt eine Lohnsenkung nicht in Frage, schon deshalb nicht, weil sie ja eine grössere Kapazitätseinschränkung, die naturgemäss eine Serie von Pleiten nach sich ziehen muss, wovon besonders die Kleinen betroffen werden, bedingt. Lohnsenkung könnte nur krisenverschärfend wirken. Andererseits lässt sich die Bedeutung einer Verminderung der Investitionskosten für das Investieren nicht übersehen. Die Reichskreditgesellschaft gibt folgendes Beispiel: "Ein Wohnhaus, das bei den gegenwärtigen Kosten für 20 000 Mark errichtet werden könnte, erfordert unter der Annahme eines Zinsaufwandes von 11 % für 15 000 M und von 1 % für die restlichen, aus Mitteln der Hauszinssteuer bereitgestellten 5 000 Mark eine jährliche Verzinsung von insgesamt 1 700 Mark. Würden die Baukosten um 15 % sinken, die Zinsen der dann erforderlichen ersten 12 000 M von 11 auf 9 % vermindert werden, die der restlichen 5 000 Mark unverändert bleiben, so würde die jährliche Zinslast 1 130 Mark betragen. Die Mieten können in diesem Falle um etwa ein Drittel herabgesetzt werden; bei einer Mietherabsetzung von 20 % würde dem Unternehmer noch ein erhöhter Gewinn winken."

Es entsteht die Frage, wie die notwendige Senkung zu erreichen ist. Da Lohnsenkungen nicht in Frage kommen, verbleibt nur die Materialkostenreduzierung und, was das wichtigste ist, die Senkung der Gesteungskosten durch Rationalisierung. Die Bau- und Tiefbauindustrie, die vor allem für die Neuinvestitionen der Zukunft in Betracht kommen, werden ebenso rationalisieren müssen wie z.B. die Kohlen- und Eisenindustrie und die verschiedenen Zweige der Fertigwarenfabrikation. Dass hier eine Rationalisierung mit grösstem Erfolg und bei Einsatz geringer Mittel möglich ist, hat ja die Bauindustrie bewiesen. Die Rationalisierung ist weiterzuführen. Sie wird Erfolg haben, wenn sich die erzielten Einsparungen in verminderte Preise auswirken.

SPD. Ein Meisterstückchen von "Preissenkung" leistet sich gegenwärtig, wo alle Welt mit Recht nach Ermässigung der Zwischenhandelsspannen ruft, die Arbeitgemeinschaft der Berliner Brikett Händler. In Nr. 26 des Organs der Berliner Kohlenhändler wird nachgewiesen, dass in den Monaten Januar bis Mai 1930 die Stadt Berlin zu Hausbrandzwecken nach den Angaben des Ostelbischen Braunkohlensyndikats erst 575 000 Tonnen Briketts bezogen hätte, gegen 1,02 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Daraus wird gefolgert, dass die Berliner Verbraucher im Jahre 1930 bisher eine absolut unzureichende Voreindeckung für den kommenden Winter vornähmen, und der Wunsch ausgesprochen, die Verbraucher zu einer grösseren Eindeckung anzuregen, da sonst für den Winter ungeheure Schwierigkeiten bei der Brikettbeschaffung zu erwarten seien.

Kaum dass die Druckerschwärze dieser Aufforderung trocken geworden ist, erfahren wir die tolle Tatsache, dass dieselbe Arbeitgemeinschaft der Berliner Kohlenhändler den Sommerpreis für einen Doppelzentner Braunkohlenbriketts von 1,60 auf 1,70 Mark und den Winterpreis von 1,85 auf 1,90 Mark erhöht hat, ohne dass irgendeine Verschiebung in den Einkaufspreisen erfolgt wäre. Die Berliner Kohlenhändler erhöhen also just in dem Augenblick, wo die Preisspanne zu senken wäre und wo zu stärkerer Voreindeckung der Verbraucher aufgefordert wird, die ihnen allein zugute kommende Handelsspanne. Die Erhöhung beträgt nicht weniger als 10 %.

Wahrlich ein empörendes Beispiel, wie die Händlerschaft die Forderung nach Preissenkung auslegt. Wir halten es für selbstverständlich, dass das Reichswirtschaftsministerium, das seine Zustimmung zu dieser unerhörten Preissteigerung zu geben hat, den Berliner Kohlenhändler energisch auf die Finger klopft.

SPD. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die vom Magistrat geforderte Steuererhöhung im Umfang von rund 50 Millionen Mark abgelehnt. In Frage kam eine Erhöhung der Lohnsummen-, der Gewerbe- und der Grundsteuer. Im Magistrat war es den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, eine Erhöhung der Grundsteuern, die nach Lage der Dinge zu einer Erhöhung der Mieten führen wird, in Grenzen zu halten. Angesichts der Ablehnung hat der Berliner Magistrat am Mittwoch beschlossen, von sich aus einen Etatsentwurf aufzustellen. Da zahlreiche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu berücksichtigen sind, dürfte die Aufstellung etwa bis Montag dauern. Der Entwurf wird dann dem Oberpräsidenten der Mark Brandenburg mit dem Ersuchen eingereicht werden, die entsprechenden Steuern festzusetzen.

Es ist ohne Zweifel zu befürchten, dass der Oberpräsident die Grundsteuer zu Gunsten der Gewerbe- und der Lohnsummensteuer erhöhen wird.

SPD. Die westdeutsche und die süddeutsche Mühlenkonventionen sind nach längeren Verhandlungen bis Ende September 1930 verlängert worden.

SPD. Der Ultimo Juni hat mit einer Steigerung der gesamten Kapitalanlage um 566 Millionen Mark auf 2070,5 Millionen Mark einen neuen Tiefstand in der Beanspruchung des Reichsbankkredits gebracht. Die Entwicklung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Ende Juni 1930	23. Juni 30,	Ende Mai 30,	Ende Juni 1929
	(in Millionen Mark)			
Gesamte Kapitalanlage	2070,5	1504,5	2247	3288,4
Bestände an Wechseln und Schecks	1777,1	1348,1	1873,8	2843
Lombardbestände	185,8	55,3	187,8	194,3
Fremde Gelder	491,6	648,6	401,1	631,3
Goldbestände	2618,9	2618,9	2591,1	1911,4
Deckungsfähige Devisen	459	457,2	350,8	360,5

Es ist immerhin bemerkenswert, dass sich die Bestände an Handelswechseln und Schecks diesmal gegenüber der Vorwoche um 429 Millionen Mark erhöhten gegen 354,1 Millionen Mark vor einem Monat. Eine bestimmte Folgerung lässt diese Bewegung natürlich nicht zu.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen zusammen haben sich um 1,8 Millionen auf 3077,9 Millionen Mark erhöht und zwar haben die Goldbestände um 47 000 Mark auf 2 618,9 Millionen abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,8 Millionen auf 459 Millionen Mark zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 55,9 % gegen 64,9 % in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 65,7 % gegen 76,2%.

SPD. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Depot- und Depositengeschäfte.

Eine besondere Regelung erfahren die Zweckspargeschäfte, wie Kaufsparkassen, Leihsparkassen, Automobilsparkassen, Weihnachtssparkassen. Hier tritt zu den allgemeinen Vorschriften ein ausgedehnteres Prüfungsrecht der Behörde und eine erweiterte Auskunftspflicht der Geschäftsleiter usw. In einem besonderen Abschnitt werden weiter die Verhältnisse bei den Bausparkassen geregelt, die der Beaufsichtigung durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Der Entwurf beschränkt sich aber nur auf die Regelung von gewerbepolizeilichen Fragen, eine Regelung des materiellen Bausparkassenrechts wird nicht getroffen. Nach dem Gesetzentwurf bedürfen ferner öffentlich-rechtliche Betriebe, Sparkassen usw. zum geschäftsmässigen Betriebe von Depot- und Depositengeschäften einer behördlichen Zulassung. Ihnen kann der Betrieb von Depot- und Depositengeschäften untersagt werden. Unter welchen Voraussetzungen die Zulassung unter Untersagung erfolgt, bestimmt die oberste Landesbehörde nach den Vorschriften dieses Gesetzes. Der Finanzpolitische Ausschuss stimmte den Grundlagen des Gesetzentwurfs mit ganz geringfügigen Abänderungen zu.

In gemeinsamer Sitzung des Finanzpolitischen und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken angenommen und dem Entwurf einer Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren zugestimmt. Angenommen wurde damit eine Bestimmung, dass auch die beschränkt Körperschaftssteuerpflichtigen Sparkassen von der Körperschaftssteuerpflicht für Wertpapiere befreit werden sollen und dass die bis zum 2. Januar 1931 fällig werdenden Kapitalerträge aus festverzinslichen Wertpapieren, die vom 1. Juli 1930 ab ausgegeben werden, vom Steuerabzug ganz frei bleiben.

Fester auf Deckungsnachfrage.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Juli)

SPD. Infolgegrößerer Deckungsfrage konnte sich die Tendenz der Berliner Produktenbörse am Mittwoch erheblich befestigen. Namentlich ging am Markte der Zeitgeschäfte die Weizennotiz für den laufenden Monat stark in die Höhe. Die übrigen Monate gewannen etwa 2 Mark. Im gleichen Umfange bewegten sich auch die Preisgewinne für Roggen. Am Lokomarkte konnten einige Abschlüsse in neuem Weizen zur Herbstlieferung nach dem Rhein zustande kommen. Gross war das Angebot jedoch nicht. Neuer Roggen hatte kaum Geschäft, da die Forderungen und Gebote zu weit auseinander lagen. In altem Brotgetreide war die Situation kaum verändert. Einige Nachfrage bestand für prompten Futterweizen. Nach Roggenmehl hatte sich die Nachfrage belebt, so dass höhere Preise erzielt wurden. Weizenmehl hatte sehr ruhigen Markt. Das Haferangebot ist etwas geringer geworden. Die Preise waren gut stetig.

	1. Juli	2. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 290	285 - 290
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	170 - 186	170 - 186
Hafer	148 - 157	150 - 159
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00 - 41,00	33,00 - 41,00
Roggenmehl	22,75 - 25,25	22,75 - 25,26
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 292 - 294 (Vortag 285), September 259½ - 260¾ (257), Oktober 261½ - 263 (259). Roggen Juli 170 - 171¾ (167½), September 173 - 174 (172), Oktober 177½ (175). Hafer Juli 163½ (159¾), September 169 - 170 (164). Oktober 171½ - 173 (167½).

SPD. Die agrarpolitischen Massnahmen des Kabinetts Brüning-Schiele, die teilweise an Sinnlosigkeit nicht zu übertreffen sind, fangen jetzt an, sich auszuwirken. So haben die süddeutschen Mühlen, darunter die grossen Mühlen in Ludwigshafen, Frankfurt, Mannheim, Heidelberg und Worms, bei den zuständigen Stellen einen Stillegungsantrag gestellt. Durch den Vermahlungszwang sind diese Mühlen von ihrer natürlichen Rohstoffbasis abgedrängt worden. Das Material, alter deutscher Weizen, ist andererseits knapp geworden, so dass die Betriebe zum Erliegen kommen müssen. So sieht die andere Seite des Vermahlungszwanges aus, der schon seit Monaten nicht mehr die geringste Berechtigung hat.

Andere Schwierigkeiten haben sich bei den ostddeutschen Mühlen ergeben. Die Mühlen haben bisher nicht unbeträchtliche Mengen von Roggenmehl nach dem Ausland exportiert. Nun hat Herr Schiele die Exportprämie für Roggen erhöht. Das hat zur Folge, dass das Ausland den billigeren deutschen Roggen, aber kein deutsches Roggenmehl mehr kauft. Die deutschen Mühlen sind im Export nicht mehr konkurrenzfähig. Dafür verkaufen wir deutschen Roggen etwa zu der Hälfte des Inlandspreises nach dem Ausland. Darum schenkt also dem Ausland Geld mit dem Effekt, dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit steigt.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 2. Juli 1930

Im Tal des Sommers.^x

SPD. Was wissen wir von unserm vielbesungenen "Vater Rhein"? Wie kennen ihn als des deutschen Reiches Pfaffengasse, und mancher wanderlustige Junge mag von den automobil=durchtobten Uferstrassen zwischen Bonn und Bingen arg enttäuscht worden sein - aber immer wieder ziehen die Jungen, geködert von der öldruckfarbigen Romantik der Rheinlieder, an "den" Rhein. Sie finden Automobile auf den Uferwegen, Restaurants in jeder halbwegs erhaltenen Ruine und schwören dann jeder Romantik ab.

Derweil lacht im Quellengebiete des Rheins das Tal des Sommers. Es Berliner Blatt, das aus dem D-Zuge geworfen wurde, meldet von der asphalttschmelzenden Hitze Berlins - aber hier burren Maikäfer durch die Luft, und vor zwei Tagen begegneten wir auf einsamem Waldweg einem Mädels, das zwei grosse Büsche Maiblumen trug. Im "Roessli" drüben im Städtchen Werdenberg, dem Gasthause, dessen älteste Urkunde aus dem 14. Jahrhundert herrührt, stand eine Schale voll blauer Enzianblüten auf dem Tisch, in die sich ein Busch blühender, lilafarbener Erika schmiegte. So segnet der Sommer das Land, dass wir hier von fast allen seinen Gaben zugleich haben können, denn nun beginnen im Tale die Kirschen zu reifen...

Dies Tal ist das Tal der Burgen und Ruinen, denn auf dieser Strasse wand sich das Kaufmannsvolk durch den Wall der Alpen, deren hohe Schneehäupter rechts und links ins Tal sehen und erfrischenden Bergwind herschicken, dass selbst am wolkenlosesten Himmel die Sonne nicht unerträglich brennt. Wehe, wenn all die Schlossherren den Kaufmann schätzten und Zoll nahmen! Keines der Schlösser steht so weit vom andern entfernt, dass man nicht das Fähnchen auf dem Turme hätte sehen können: Sargans und Gutenberg, Herrenberg und Wartau, Vaduz und Werdenberg - und manch andres im Walde verlorenes Gemäuer, ob es nun Wildschloss oder Mörderburg heisst. Drüben über dem Rhein aber steht Werdenberg, das Städtli, das nur eine Strasse gross ist, eine einzige Strasse voller Holzhäuser, roter und grüner, die heute noch so aussehen wie vor fünf=hundert Jahren, als ihr Baumeister sie dem Bauherrn zum Dank fertig aufgebaut hatte. Und heute noch brütet die sommerliche Sonne des Tales merkwürdige Sonderlinge aus: Da ist der Besitzer der Burg Gutenberg, aus altem Geschlecht im Liechtensteinischen, der in sein schönes, rotes Patrizierhaus in Vaduz gar nicht mehr heimkehrt, sondern auf seiner Burg sitzt, die er vor fünfundzwanzig Jahren als altes, zerfallenes Gemäuer erwarb und liebevoll wieder aufbaute. Nicht in der Weise, wie die "Burgarchitekten" im Auftrage Wilhelms des Letzten, sondern mit eigenen Händen; kein Balken ist daran neu, und in den Zimmern der Burg, die alle dem Besucher offen stehen, ist Urväterhausrat zusammengetragen, von der Wiege neben den baldachinüberdachten Betten bis zu den Dürerschen Holzschnitten an der Wand und der schönen Holzdecke des Trinkzimmers, die aus einem vorarlbergischen Kloster stammt. Und der Besitzer all dieser Schätze geht als Burgwirt umher und stellt den Gästen selbst den weissen Tiroler und den roten Vaduzer Wein auf den Tisch.

Nicht minder sonderbar ist die Geschichte der Fürsten von Liechtenstein, deren Burg über das sonnige Tal hinausragt. Nicht gar zu viele Herren hat das Fürstentum Liechtenstein in den zweihundertzwölf Jahren seines Bestehens ge-

habt, denn schon der verstorbene Fürst regierte hier siebzig Jahre. Merkwürdig haben hier die Liechtensteinischen Untertanen für die Bedrückung der vergangenen Jahrhunderte Vergeltung geübt, als sie sich vom deutschen Reiche den Fürsten von Liechtenstein übereignen liessen: Die Fürsten haben in den zweihundertzwölf Jahren ihren Untertanen immer wieder für alles Ungemach, das die Untertanen traf, einstehen müssen und haben es, merkwürdiges Fürstengeschlecht, immer wieder getan. Eine grosse Unruhe kam deshalb über das getreue Volk, als es vernahm, der neue Fürst wolle trotz seiner siebzig Jahre heiraten - trotz seiner siebzig Jahre, weil ihm sein verstorbener Bruder bis dahin den Ehekonse zu der Verbindung mit der Dame seines Herzens verweigert habe, Dann würde er vielleicht nicht mehr so viel abgeben... Man beruhigte sich erst wieder, als durchsickerte, dass die neue Fürstin durchaus auch für einen Fürsten Liechtenstein eine gute Partie sei, und als die Fürstin für das Bürgerspital ein Operationszimmer und jedem Schulmädchen einen silbernen Anhänger stiftete - denn die Fürstentreue der Liechtensteiner beruht auf sehr solider materieller Grundlage!

Inzwischen wohnt der neue Fürst so wenig in seinem Schlosse wie der verstorbene. Auch die schöne Villa auf dem Berge träumt hinter geschlossenen Fensterläden, und in den waffenstarrenden Sälen der Burg träumt der letzte liechtensteinische Soldat in der sanft komischen Felduniform von 1866. Glücklicherweise sind die Mauern des Schlosses dick und die Säle kühl; sonst wäre es auch mit seiner Herrlichkeit bald vorbei, denn er ist nur aus Wachs und ist wehrlos selbst gegen die Motten, die seine und seiner Kameraden Monturen zerfressen. Mögen drüben auf der Schweizer Seite auch einige Fabriken sich aufgetan haben; hier in Liechtenstein, der letzten Schanze deutscher Fürstentreue, steht die Zeit still, und widerwillig knurrend wehren die Liechtensteiner die sanften Rippenstösse ihres Verkehrsbüros ab, das ihnen den Fremdenverkehr ins Land ziehen will. Und das Huhn, das die goldenen Eier legt - die Dachgesellschaften der Ford und anderer Kapitalverschieber - hat gar keinen Anlass, durch lautes Gekacker die Welt darauf aufmerksam zu machen, welch sicheres Nest es hier gefunden hat,...

Rose Ewald,

Richard Barkmanns Sommerglück,^x

SPD. Am Ufer der dunklen Au, wo ein alter Weidengreis seine zweiglosen, verschnörkelten Aeste gegen den hellen Abendhimmel reckte, wo die kleinen Strudel um die knorrigen Wurzeln heruntänzelten, stand eine Bank, wie ein Traum war diese Bank, und die Menschen, die hier in Sommernächten susse, sprachen wenig oder gar nicht.

Auf dieser Bank sass Richard Barkmann. Allein war er wie immer. Seine achtzehn Lebensjahre hatte er in sonnenarmen Gassen der Grosstadt verbracht, kaum, dass er in den Sommermonaten einmal über die nächste Umgebung der Stadt hinausgekommen war. Krank war er und schon halb verbraucht. Nun hatte ihm der Arzt einen Landaufenthalt erwirkt. Sein alter Anzug war gewaschen worden, als er die Reise antreten sollte; seine Stiefel waren zwar genäht, aber schon seit einigen Tagen wieder zerrissen.

Wie ein wundersames, blaues Märchen waren ihm die Tage vergangen. Verstummt war das Maschinengeratter; geschwiegen hatte für ihn die Fabrikpfeife. Die gänzliche Ungebundenheit dieser Tage war ihm zuweilen unfassbar. Hier in der Stille, wo die Erde duftete, wo jeder Atemzug Frische in den Körper führte und Tier und Pflanze im Wirken der Natur aufgingen, spürte er zum ersten Male Geheimnisvolles in seinem Körper. Die Insassen des Heims mied er, wo er konnte, Ihre Blicke, die teils spöttisch, teils mitleidig ihm überall entgegenkamen,

waren ihm zuwider. Nur ein Mädchen war da, in dessen Augen weder das eine noch das andere lag. Ein heiteres Ding war es, frisch und gebräunt. Wo es sich aufhielt, war Lachen. Billig, aber geschmackvoll kleidete es sich. Immer war es von jungen Männern umgeben. Um dieses Mädchen kreisten Richard Barkmanns Gedanken. An sie dachte er, als er auf der Bank träumte, bis leichte Schritte ihn störten. Er sah die Helle eines Kleides und erkannte sofort Karla - so hieß das Mädchen. Es stand so plötzlich vor ihm, dass er vor Schreck nicht imstande war, ihren Gruss zu erwidern. Hastig sprang er auf, um fortzugehen. Karla lachte über seine Verwirrung. "Warum läufst du weg?"

"Ich - ich dachte, du wolltest hier sitzen!"

"Will ich auch!" Richard bewunderte ihre Keckheit. "Ich wollte aber gerade weggehen; es wird mir zu kühl."

"Dann geh' man!" Karla lachte wieder.

Aber Richard ging doch nicht. Einen eigenartigen Klang hatte er in dem Lachen wahrgenommen. Dem lauschte er noch nach.

"Wie komisch du bist!" fing das Mädchen wieder an. Und als Richard nur die Schultern hob, sprach sie weiter: "Warum bist du immer so allein?"

Noch empfand Richard eine Hitze in allen Gliedern. Aber eine Nebelfahne griff sacht von der Au herauf, legte sich kühl um seinen Kopf.

"Die Leute gucken immer so!" Er glaubte, ehrlich sein zu müssen.

Das Mädchen sann einen Augenblick. "Lass sie doch gucken! Ich würde mich nicht daran kehren!" Heftig liess Karla ihre Beine schlenkern.

Richard setzte sich wieder, liess aber eine körperbreite Lücke zwischen sich und dem Mädchen. Ohne weiteres rutschte Karla in die Lücke. Als Richard ihren Arm fühlte, sah er beklommen in die Wiesen. Er merkte nicht, dass er schwieg. Karla beobachtete ihn unterdessen.

"Wie blass du bist! Hockst wohl immer im Schatten herum!"

Richard seufzte. Schwer empfand er seine Schwäche neben diesem Kinde.

"Hast gar nichts, an dem du dich freuen kannst?"

"Drei Tage noch, dann muss ich wieder in die Fabrik", antwortete Richard.

"Ich wollte, man gäbe mir noch einige Wochen."

Darauf schwieg Karla eine Weile. Sie versuchte, sich eine Vorstellung von einer Fabrik zu machen. Dann erhob sie sich, zupfte anmutig ihren Kleidsaum herunter: "Wollen wir durch die Schonung gehen? Es ist wirklich kühl hier."

Schwarz öffnete sich der Weg. Noch brütete die Tageswärme darin. Sie flutete durch die jungen Körper. Karla plauderte, Richard schwieg. Plötzlich stand er mit brennendem Gesichte vor dem Mädchen. Er hatte es geküsst und wusste nicht, wie es gekommen war. Karla lachte hell auf, fuhr mit beiden Händen durch sein Haar und küsste ihn wieder.

Nie war Richard so froh zur Ruhe gegangen wie an diesem Abend. Und als am nächsten Nachmittage die Sonne über der blühende Heide flimmerte, gingen sie auf einsamen Wegen. Uebermütig waren sie. Eine Anhöhe nahmen sie im Lauf. Am jenseitigen Hang, den eine frohe, halbwüchsige Birkengruppe beschattete, küsstest sie sich. Auf dem Heimweg umgab sie dichter Wald. Dunkel gähnten die Schneisen ihnen entgegen. Ueber dem Dämmern funkelten erste Sterne. Warm umgab sie der Sommerabend, und sie versanken in seiner lockenden Tiefe.

Zwei Tage noch empfand Richard das Glück, das Karla ihm gab. Lebenslust hatte ihn gepackt. Im Ueberschwang machte er Pläne für die Zukunft und glaubte, die Arbeit an der Maschine sei immer eine frohe, leichte Beschäftigung gewesen. Und Karla lächelte mit unruhigen Augen über ihn.

Am letzten Tage fand er das Mädchen nicht. Leute fragte er. Die grinsten und sagten nichts. Niedergeschlagen nahm er gegen Abend seinen Pappkarton und verliess still die Anlagen. Der Bahnhof war seine letzte Hoffnung. Karla hatte versprochen, ihn dorthin zu begleiten. Vielleicht wollte sie ihn überraschen.

Aber auch in dem drängenden Menschengewimmel auf dem Bahnsteig war sie nirgends zu sehen.

Der Zug fuhr ab. Rufe, Tücherschwenken. Grüsse flogen hin und wieder. Alles kam zu Richard wie aus der Ferne eines Traumes. Verschwommen nur sah er die bekannte Landschaft vorübergleiten.

Da sah er in der Ferne an einem Wegübergange das Licht eines weissen Kleides. Das erregte ihn. Weit beugte er sich aus dem Abteilstfenster. Karla stand dort, braun und frisch, und schwenkte ihr Taschentuch. Richard schrie und winkte. In ihren blonden Haarkringeln zauste der Zugwind. An Karlas Seite stand ein gutgekleideter junger Mann, der erst vor einigen Tagen in dem Erholungsheim zugekommen war.

Zwei Stunden dauerte die Bahnfahrt. Richard wusste gar nicht, dass er während der ganzen Zeit am Fenster stand. Leer war es in ihm geworden. Von Zeit zu Zeit lief ein Brennen über sein Gesicht, das er vor den Reisenden verbarg, indem er sich weit aus dem Fenster hinauslehnte.

Am nächsten Tage musste er wieder in die Fabrik gehen.

Grau waren die Räume. Der Lärm von hundert Maschinen dröhnte in seine entwöhnten Ohren. Und sein kranker Körper empfand die Arbeit schwerer als zuvor.

Paul Behlau.

Vier Bohemiens machen eine Stadt.^x

SPD. Hoboken bedeutet dem New Yorker genau so viel wie dem Deutschen Kötzschenbroda oder Buxtehude. Ein komisches, jämmerliches, unmögliches Nest. Brauchte der Librettist einen Witz, so rückte er mit Hoboken heraus. Nun auf einmal ist die Reihe an Hoboken, New York auszulachen. Denn Hoboken hat Karriere gemacht. Seit einigen Wochen pilgert Abend für Abend die Creme von New York in tiefem Décolleté und befrachtet mit der Fähre und mittels der unter dem Hudson gebauten Eisenbahn nach Hoboken, um die guten alten deutschen Wirtshäuser vollzupfropfen, sich totzulachen über die dramatische Vorstellung eines kleinen Theaters und das Städtchen mit einem Goldregen zu überschütten. Das alles haben vier Bohemiens vollbracht.

Zu all dem gehört es, zu wissen, dass Hoboken gegenüber von New York am anderen Ufer des Hudson liegt und eigentlich ebenso künstlich von New York auseinandergehalten wird wie etwa Altona von Hamburg. Sonderbarerweise gehört es nicht nur nicht zur Stadt New York, sondern sogar zu einem anderen Staate: New Jersey. Neben ihm wuchsen riesengrosse und blühende Städte auf, und Hoboken blieb dabei, weiss Gott, irgendwie vergessen. Das Leben huschte daneben vorbei, und Hoboken blieb ländlich friedlich, idyllisch. In seinem Hafen ankern riesige Ozeandampfer. Auch dies lässt Hoboken kalt. Seine Gässchen blieben so altmüdisch wie in einem gottverlassenen deutschen Fischerdorfe. Seine grösstenteils deutschstämmige Einwohnerschaft formte sich ein etwas nach Europa schmeckendes Städtchen, das vom Tempo des amerikanischen Lebens unberührt blieb.

Dann aber zogen etwa vor einem Jahre die Bohemiens ein. Sie waren zu viert: Christopher Morley, der Schriftsteller, Cloen Throckmorton, der Maler, Harry W. Gribble, gleichfalls Maler, und Conrad Milliken, in seinen nüchternen Stunden Rechtsanwalt. Sie lernten sich in ihrem Club "Drei Stunden Mittagszeit" kennen und stellten eines schönen Tages erbittert fest, dass das amerikanische Drama sich in stetem Niedergang befände, und dass in den hundert Theatern des Broadway nur noch das Geld regiert. Nun folgte der sprichwörtliche Katzensprung sie beschlossen, ein Theater aufzumachen. Nach langem Suchen nach entsprechender Lokalität entdeckten sie in Hoboken eine Bude, 1880 aus einer baufälligen deutschen Bierschenke in ein "Theater" umgewandelt, wo sonnabendlich und sonntäglich zur Erbauung der braven Bürgerleute miserable Schmierevorstellungen gezeigt wurden. Es soll nicht verschwiegen werden, dass es die vier Bohemiens

selbst hier ohne Geld nicht sehr weit gebracht hätten. Und da nun einmal das Geld unerlässlich war, wen hätten sie schon angepumpt bis zum Betrage von 5000 Dollar, wenn nicht Otto H. Kahn und Thomas W. Lamont, den Kompagnon Morgans. Die Truppe wurde organisiert, und eines schönen Septemberabends öffneten sich die Pforten zu "Alt-Heidelberg". Doch trotz des wohlwollenden Schulterklopfens der New Yorker Kritiker interessierten sich für die Vorstellungen nur die schlichten Bürger Hobokens, die sich für ihre 75 Cent bis 1 Dollar erlauben konnten, die Vorstellungen in Hemdsärmeln zu geniessen. Selbst ihr Interesse nahm aber rapide ab, und die vier Bohemiens rasten schnurstracks dem Konkurs entgegen. Sie hatten schon 35.000 Dollar Schulden und wollten unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte mit einem neuen Stück ihr Heil versuchen.

Und da geschah das Wunder. Sie entdeckten ein Stück, vielmehr das Stück, und waren gerettet. Es war ein altes amerikanisches Melodrama: "Weder Mädchen, Frau noch Witwe". Einst haben London und New York viel über das Schicksal seiner Eliza geweint. Heute vergiesst New York wieder mal Tränen darüber, aber vor Lachen. Das Stück wird in der Manier der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit Originalkostümen und Kulissen jener Zeit, gespielt, mit albernen, sentimentalen Balladen gespickt und mit solchen Dialogen des Helden und der Heldin, dass die heutigen Zuschauer sich vor Lachen die Seiten halten müssen. Bereits am Tage nach der Premiere wusste ganz New York: das Stück muss man gesehen haben.

So wurde das Unternehmen der Bohemiens die grösste Sensation der Saison. Die Theaterdirektion bekommt durch die Post Tag für Tag etwa 2.500 Biletbestellungen, da eine telefonische Bestellung ans Unmögliche grenzt. Ein neugieriges Telefonfräulein nahm sich die Mühe, eine Stunde der Verkehrszählung zu opfern, und stellte hierbei fest, dass nicht weniger als 1 800 Personen stündlich versucht haben, die Theaterkasse zu erreichen. Das Theater ist auf sechs Monate im voraus bereits ausverkauft. Das Angebot einer Agentur, den Alleinverkauf der Eintrittskarten zu erwerben, wurde wegen der "Geringfügigkeit" der Summe von 50.000 Dollar abgelehnt. Denn nach vorsichtiger Berechnung brauchen sich die Unternehmer zumindest zwei Jahre lang wegen der Zugkraft des Stückes keine Sorgen zu machen.

Zugleich mit dem Stücke wurde auch Hoboken selbst entdeckt. Der Zuschauerraum des Theaters umfasst kaum 750 Plätze. Dennoch pilgern zumindest 10.000 New Yorker allabendlich nach Hoboken und füllen die deutschen Wirtshäuser, die - Prohibition hin, Prohibition her! - ihren Gästen veritables Bier, ausgezeichneten Wein und nicht minder gute Kost bieten. Die Wirte sind noch heute vor Erstaunen kaum zur Besinnung gekommen. Sie verstehen die Sache nicht recht. Immerhin erweitern sie instinktiv ihre Lokalitäten, und aus Dankbarkeit liessen sie das Theater der vier Bohemiens neu anstreichen und die Einrichtung auffrischen. Umso mehr, als das Wappen des Theaters - drei Sanduhren ("Drei Stunden Mittagszeit") und ein Krügl Bier - auch das ihrige sein könnte.

Nun kann sich Hoboken dank den vier Bohemiens für die Lächerlichkeit revanchieren, der man es so oft ausgesetzt hatte. In den Restaurants steigen die Preise immer höher und höher; in den Gasthäusern kostet ein Zimmer schon fast eben so viel wie im Savoy-Plaza; auf den Gassen bieten Scheinmatrosen ihre Waren feil, die sie "soeben aus fernen Ländern eingeschmuggelt haben"; und Herr Gustav Bach, der Bürgermeister, gründete vor kurzem eine Handelskammer, die ihm nun unerlässlich erschien. - Bis jetzt hat New York die ganze Welt genasführt. Nun ist die Reihe an New York - - von Hoboken, dem amerikanischen Kötzchenbroda, gefoppt zu werden. In der ganzen Geschichte ist das einzig Traurige nur, dass Hoboken sehr bald ein kleiner Broadway wird und auch die vier Bohemiens aufhören werden, Bohemiens zu sein. Weil sie schon auf dem Wege nach den Millionen sind... und wer hat schon Millionär-Bohemiens gesehen!....

Nikolas Aranyosi.

Das Leben eine Reportage.

SPD- In einer neubegründeten Berliner Zeitschrift war kürzlich ein recht anregender Artikel zu lesen, der sich "Die Luft um Remarque" nannte. "Remarque", so wurde dort ungefähr gesagt, "sehr schön, sehr erfreulich, sehr nützlich. Grautulieren wir uns zu Remarque!... Indessen... irgendetwas stimmt hier nicht. Es schleicht einen zuweilen das Gefühl an: das ist die letzte Etappe der Kriegslieferungen. Dieser Mann verdient an unseren Leiden".

Jawohl, der Wahrheitsgehalt der Remarqueschen Schilderungen ist die erfreuliche, das Riesengeschäft, das er mit seinem Buche gemacht hat, ist die bedenkliche Seite. Niemand kann es Remarque verdenken, dass er seinen Erfolg ausgenutzt hat. Wir möchten ja alle furchtbar gern auch so einen Erfolg haben wie Remarque. Und doch... und doch: ein Wahrheitsgehalt, der so viel einbringt, macht uns ein bisschen misstrauisch.

Aber es handelt sich nicht um Remarque allein. Es handelt sich um etwas anderes. In der "Berliner Illustrierten Zeitung" begegnet man dem Artikel des Kaplans Fahsel, eines prominenten Katholiken, in dem er einen Besuch in Konnersreuth schildert. Im Berliner "8Uhr-Abendblatt" findet man den Vorabdruck eines Buches, das sich "Wie wir Empörer wurden" nennt. Und von Ernst von Salomon stammt, einem Manne, der am Rathenaumord beteiligt war und in die Bombenaffäre verwickelt ist. Für einen gläubigen Katholiken wie Fahsel muss Konnersreuth doch wohl etwas ganz Ausserordentliches bedeuten, und ein enragierter Rechtsradikaler wie Salomon hat vermutlich sehr innige und sein Herz tief aufwühlende Verbindungen zu seinen Erinnerungen. Es würde nicht auffallen, wenn Fahsel in einem Kirchenblatt über Konnersreuth und Salomon in einer Hakenkreuzzeitung über seine Erlebnisse schriebe. Aber der Fromme schreibt in einem höchst weltlichen, der Ultraradikale in einem linksdemokratischen und sozusagen jüdischen Blatt... Es gibt eine Badewanne voll triftiger Rechtfertigungsmotive dafür, die einleuchtend beweisen, dass die Autoren dennoch ihrer Sache durchaus treu sind, und dass kein Makel auf sie entfällt. Aber wie muss der Therese Neumann zumute sein, wenn sie den Artikel eines Glaubensgefährten über sich in der "Berliner Illustrierten" liest! Was würden die Fischer und Kern, die ihr Verbrechen mit dem Tode gebüsst haben, empfinden, wenn sie erführen, dass einer ihrer Mordkomplizen aus den gemeinsamen Erinnerungen Kapital aus Mosse schlägt! "Die verdienen an unseren Leiden."

Früher hatte man Erlebnisse; heute publiziert man sie. Das Erlebnis ist nicht immer in dem Masse Alleinbesitz wie ehemals; es fehlt ihm die Keuschheit. Die Welt hat einen ungeheuren Materialhunger. Die Zeitung, das Kino, das Radio, das Buch schreien nach Stoff. Der Mann, der am Vormittag seine Frau erschlägt, wird seinen Namen am Nachmittag im Sensationsblatt finden, vielleicht auch sein Photo. Muss das Wissen darum, dass dem so sein wird, die Tat oder die Stimmungsmomente, die zu der Tat führen, nicht beeinflussen, ihr die Urwüchsigkeit, die Unmittelbarkeit nehmen? Peter Kürten, der Düsseldorfer Mörder, hat behauptet, er habe gemordet, um in die Zeitung zu kommen. Davon wird vieles abzustreichen sein. Aber ein Restchen Wahrheit ist vielleicht da. Es hallt heute der dringliche Ruf an alle Sparten der Kunst und Literatur: Recht viel Leben, recht viel Wirklichkeit! Kunst und Literatur haben sich diesem Rufe nicht verschlossen. Aber in eben dem Masse, wie Leben und Wirklichkeit Stoffgebiet für die tägliche Unterhaltung werden, bekommen sie selbst etwas Schattenhaftes, Posenhaftes. Das Leben scheint um der Reportage willen da zu sein. Wenn wir im Eifersuchtsrausch töten, uns mit Dynamit in die Luft sprengen, ein kleines Kind fressen: so kann das den ewigen Suchern nach Geschehnissen gerade so passen. Erstens werden sie - wenn es hochkommt und wir Glück haben, sogar auf der Leinwand - unseren Fall, mit tiefem Verständnis für das Menschliche daran, hochkünstlerisch gestalten. "weitens werden sie an unsern Leiden verdienen. Vielleicht kommt die

Zeit, da die Menschheit in zwei Hälften zerfällt. Die eine Hälfte lebt. Die andere Hälfte berichtet über das Leben. Auch Remarque ist inzwischen verfilmt worden. Der Fall soll ausgezeichnet und durchaus pazifistisch sein. Wunderschön prächtig, hochehrfreulich. Der Regisseur heisst Laemmle junior und ist der Sohn vom alten Laemmle aus dem Heiligen Lande des Dollars. Laemmle junior wird sich gut einführen in der internationalen Filmwelt und es dem Sujet Weltkrieg, das 12 Millionen Namen verlöschte, verdanken, dass er sich einen Namen machen konnte
Hans Bauer.

E i s .^x

Erdbeer, Himbeer und Vanille,
Oder wünschen Sie Zitrone?
Was ein trockner Gaumen will,
Haben wir, ja, selbst Melone.
Kaufen Sie, denn es ist heiss:
Eis!

Dünne Waffeln oder Tüte?
Bitte sich hier anzusehn!
Beide gleich in ihrer Güte
Für fünf Pfennig oder zehn,
Wählen Sie, denn es ist heiss:
Eis!

Weg da, Jungens, von dem Wagen!
Ihr bekommt nicht mehr als vier,
Mehr verdirbt nur euern Magen,
Denn so etwas wissen wir.
Nein, es gibt um keinen Preis:
Eis!

Was, Herr Schutzmann, Sie vertreiben
Mich von dieser Ecke da?
Lassen Sie mich stehen bleiben!
Ich bin arm und Grosspapa.
Wie...? Nicht gut sei dieses Eis...?
Bitte beiss!

Kurt Reiss,

SPD. Drahtlose Wetterberichte.^x Seit einiger Zeit werden besonders in Frankreich von den meteorologischen Stationen kleine sogenannte Wetterballons verwandt, die sich in bestimmter Höhe befinden und derart mit Messinstrumenten für Luftdruck, Temperatur und Luftfeuchtigkeit eingerichtet sind, dass sie alle drei Minuten drahtlos und durch eine besondere Anlage automatisch Angaben über die Wetterlage zur Erde schicken können. Drei drehbare Zeiger hängen mit den Messinstrumenten zusammen, die sich je nach dem Wettercharakter einstellen. Die Signale selbst sind graphisch oder akustisch und lassen genau die augenblickliche Stellung der Zeiger erkennen.

Deutscher Reichstag

189. Sitzung vom 2. Juli, 3 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Zusatzprotokolls zum deutsch-niederländischen Zollvertrag, des deutsch-französischen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr und des deutsch-rumänischen vorläufigen Handelsabkommens.

Abg. v. Sybel (Chr. nat. Bauernpt.) bezeichnet den Kartoffelzollsatz im deutsch-niederländischen Vertrag als viel zu niedrig. Dieser niedrige Satz komme auf dem Wege der Meistbegünstigung auch den übrigen Vertragsstaaten zugute. Die Christlich-nationale Bauernpartei werde den Zusatzvertrag mit Holland ablehnen, dem deutsch-französischen Abkommen werde sie zustimmen, aber nicht dem deutsch-rumänischen.

Die drei Vorlagen werden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. - Eine Satzungsänderung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs wird in erster und zweiter Beratung das deutsch-persische Patent-Abkommen in allen drei Lesungen angenommen. - Es folgt die dritte Beratung des Amnestiegesetzentwurfs

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr. Nat): Dem aus der Bevölkerung des besetzten Gebiets gebildeten Ausschuss, von dem die Anregung zu dieser Amnestie ausging, hätten anfangs auch viele Sozialdemokraten angehört, bis sie von der Parteizentrale zurückbeordert wurden. Es sei jetzt im historischen Augenblick der Rheinlandbefreiung angebracht, mit der Verfolgung der sogenannten Feme-Verbrecher aufzuhören. Diese Leute, deren Taten keineswegs gebilligt werden sollen, hätten sich bei ihrem Tun von Vaterlandsliebe leiten lassen. Die jetzige Amnestie müsse allerdings die letzte sein. Bei der Behandlung der späteren Einzelfälle müsse aber ein Ausgleich geschaffen werden mit der wesentlich mildereren Behandlung der politischen Straftaten im kommenden neuen Strafrecht.

Reichsjustizminister Dr. Bredt erklärt eine allmähliche Ueberleitung zu den Grundsätzen des kommenden neuen Strafrechts für wünschenswert. Irgendeine Einwirkung der Regierung auf das Reichsgericht sei aber nicht möglich. Der sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Radbruch habe bei der Verabschiedung eines früheren Amnestiegesetzes erklärt, ein solches Gesetz habe nicht verfassungsändernden Charakter. Sollte die verfassungsändernde Mehrheit nicht erreicht werden, so werde das Reichsjustizministerium prüfen, ob eine solche Mehrheit überhaupt erforderlich sei.

Abg. Dr. Kahl (DVP): Die Mehrheit des Strafrechtausschusses will im neuen Strafgesetz nicht schon die Zugehörigkeit zu einer programmatisch-revolutionären Partei als "Vorbereitung zum Hochverrat" verfolgt und bestraft sehen. Diese Milde jetzt schon anzuwenden, hat angesichts des Kampfes gegen den Staat viel gegen sich, aber die vielen Hochverratsprozesse, die schon ohne Not geführt worden sind, legen doch nahe, mit solchen Anklagen zurückzuhalten, ohne jedoch einen unzulässigen Druck auf die Oberreichsanwaltschaft und das Reichsgericht auszuüben.

Abg. Torgler (Kom) gibt eine Erklärung ab, in welcher die Schuld an der Ablehnung einer Vollamnestie 1928 den Sozialdemokraten und dem Republik-schutzgesetz Severings zuzuschreiben wäre. (Pfui-Rufe bei den Kom): Um einige Kommunisten zu befreien, stimmen wir dem Amnestiegesetz zu, zumal auch ohne Amnestie die Faschisten und Konterrevolutionäre von der Klassenjustiz nicht für ihre Verbrechen bestraft würden. (Pfui-Rufe, ironischer Beifall bei den Soz. Lärm und Beifall bei den Kommunisten).

Abg. Landsberg (Soz):

Als die Schimpfkanonade des Herrn Torgler begann, war ich mir klar, dass Herr Torgler nur so schimpft, um einen Umfall vorzubereiten. (Sehr gut! bei den Soz. Lärmende Gegenrufe der Kom.) Ich habe mich nur gefragt, ob er den Dreh finden wird, und er hat ihn gefunden. Allerdings hätte ich Sie (zu Torg-

Reichstag, Blatt 2.

ler) für etwas geschickter gehalten. (Andauernde Schimpfereien der Kom.) Von dem Geschimpfe des ersten Teils seiner Rede hätte er zu dem Geständnis im zweiten Teil, dass die Kommunisten den Antrag annehmen, nicht so schnell übergehen dürfen. Ich will Ihnen nur vorhalten, was Abg. Pieck bei der zweiten Lesung gesagt hat, da sehr viele von Ihnen (zu den Kom) dieser Rede nicht beigewohnt haben. Herr Pieck sagte damals: "Dieses Gesetz ist eine Ergänzung in dem Sinne, wie sie die Deutschnationalen betreiben, nämlich eine Spezialamnestie für die Fememörder. Dieser zurückgesetzte Termin zeigt die gewollte einseitige Begrenzung dieser Amnestie eben nur auf die Fememörder und eine gewollte Ausschaltung der Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen". (Hört! Hört! bei den Soz. - Lärm der Kom.) Weiter sagte Herr Pieck: "Ich habe im Ausschuss gegen diesen Entwurf gestimmt, und wir werden auch hier dagegen stimmen." (Hört! Hört! bei den Soz.) Schliesslich erklärte Herr Pieck: "Wir haben die Tatsachen und das Material, dass diese Banden von Ihnen (nach rechts) bezahlt werden, damit sie die Arbeiter niederschlagen". Herr Pieck erklärte, das nur Kampf zwischen den Kommunisten und den Fememördern und Nazibanden der Rechten sein könne. (Lärmende Zurufe der Kommunisten, Abg. Ulbricht wird zur Ordnung gerufen) In derselben Rede hat Herr Pieck auch gesagt: "Die bürgerlichen Parteien haben Angst vor den Auswirkungen solcher Fememordprozesse. Dass sie jetzt sogar, wie das im Ausschuss zum Ausdruck gekommen ist, mildern- de Umstände für die Fememörder herausfinden, die es ihnen bei allen inneren Gewissenskonflikten doch ermöglichen, sie freizulassen, zeigt die ganze sittliche Entartung dieser Gesellschaft, die den Mord als eine vaterländische Pflicht entschuldigt." (Hört! Hört! bei den Soz. - Rufe der Kom.: Das sind Eure Koalitionsgenossen. Heiterkeit) Damit hat Herr Pieck sich und seine Partei charakterisiert. Ich habe diesem Urteil kein Wort hinzuzufügen. Wenn Herr Torgler u.a. auch gesagt hat, wir handelten unter der Begleitmusik des internationalen Imperialismus, so haben Sie (zu den Kom.) ja hier schon manchmal die Pauken und Triangel dazu mitgebracht (Heiterkeit) Jetzt wissen wir, was nach kommunistischer Auffassung revolutionäre Gesinnung ist, nämlich eine solche, die gegen Berufsunfälle einen Rückversicherungsvertrag mit der Garantie einer Amnestie abschliesst. Künftigen revolutionären Dichtern würde ich das Thema "Revolution und Amnestie" empfehlen, bei Freiligrath habe ich nichts derartiges gefunden. (Sehr gut! bei den Soz. - Gebrüll der Kom.) Wir wissen jetzt auch, was Sie unter Klassenkampf verstehen. Wenn man nämlich ruft "Wir betteln nicht um Amnestie, wir fordern sie", und wenn man zugleich im stillen Kämmerlein die Bedingungen einer Amnestie aushandelt, der man zustimmen will. Das ist Klassenkampf im kommunistischen Sinne. (Anhaltende Schimpfrufe der Kom.)

Ich will mich nicht weiter mit Ihren rüchichten und ungereimten Zwischenrufen abgeben, die nur Ihre Verlegenheit beweisen. Ich bedauere, dass, während jeder Prospekt einer Aktiengesellschaft veröffentlicht werden muss, ein Pakt, wie er jetzt mit den Kommunisten geschlossen worden ist, nicht veröffentlicht werden muss. (Rufe der Kom.: Ihr habt dem Minister doch das Vertrauen ausgesprochen. Was habt Ihr für die Stegerwald-Abstimmung bekommen? Grosse Heiterkeit der Soz.) Man ist also auf die Worte angewiesen, mit denen der Minister uns die Bedeutung und die Bedingungen dieses Paktes verraten hat. Wir entnehmen den Worten des Ministers, dass er nach Möglichkeit dafür sorgen will, dass der Oberreichsanwalt in Zukunft Anklagen wegen Vorbereitung zum Hochverrat nicht schon dann erheben soll, wenn die Voraussetzungen des bestehenden Rechts gegeben sind, sondern die Voraussetzungen des neuen Strafgesetzentwurfs. Dieses Zugeständnis erfüllt uns mit der grössten Befriedigung, denn die Fassung des Begriffs "Hochverrat" im neuen Strafgesetz rührt von uns her. (Zuruf der Kom.: So sieht sie aus!) Sie ist im Ausschuss gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen worden. Die kommunistische "Rote Fahne" hat allerdings über diesen Ausschussbericht geschrieben: "Landberg und Hergt im Bunde für Zuchthaus gegen Hochverräter". Dabei hat Hergt gegen unseren Antrag gestimmt. Jetzt erscheint die Erklärung des Ministers den Kommunisten so bedeutsam, dass sie trotz der heftigen Rede Piecks für die Amnestierung der Feme

Reichstag, Blatt 3.

mörder stimmen!

Der Reichsjustizminister hat auch gesagt, dass er evtl. dem Reichspräsidenten eine grösse Zahl Begnadigungen vorschlagen würde. Damit sind wir durchaus einverstanden. Wir begrüssen eine sehr weitherzige Gnadenpraxis und befürworten sie, aber etwas ganz Anderes ist es selbstverständlich, ob eine politische Partei, besonders eine so prinzipienfeste wie die KPD, berechtigt ist, gegen Zugeständnisse etwas zu machen, was mit solcher Virtuosität im kaiserlichen Deutschland nicht einmal die Nationalliberalen fertiggebracht haben. (Heiterkeit) Einer der am meisten genannten Fememörder hat sich auch an mich gewandt. Ich habe ihm die kalte Schulter gezeigt, rufe ihm aber jetzt zu, dass er seinen Dank an Herrn Torgler und die Kommunistische Partei abstatte kann. (Sehr gut! bei den Soz. - Lärm der Kom.)

Herr v. Lindeiner-Wildau hat 1928 einer Partei angehört, die eine Amnestie auf das Entschiedenste ablehnte. Sein Appell wegen der Rheinlandbefreiung lässt sich doch kaum auf Taten anwenden, die in Mecklenburg und Pommern geschehen sind. Er hat von der Tragik der damals so jungen Menschen gesprochen, die von diesem Gesetz den Vorteil haben würden. Aber hätte er, als ehemaliger Richter, nicht besser von der furchtbaren Tragik derjenigen gesprochen, die in grosser Anzahl auf einen blossen Verdacht hin ohne Gerichtsverfahren, ohne Anklage und Verhör in der grausamsten Weise hingschlachtet worden sind? (Abg. Dr. Everling (Dnat): Wie hat Ihre Parteipresse über Schlesinger geschrieben, der das Eisenbahnattentat von Leiferde gemacht hat, kein Wort der Entrüstung!) Wenn Sie diese Zeitungen nachlesen, werden Sie finden, dass die Tat selbstverständlich verurteilt worden ist, nur wollte man nicht, dass gegen die beiden jungen, aus ihrem Gleis geworfenen Menschen die höchste Strafe angewendet werde.

Der Sprecher des Zentrums, Herr Dr. Schetter, hat auf die tierische Rohheit der Verbrechen hingewiesen, die jetzt straffrei gemacht werden sollen. Man erinnere sich an den Fall des Dienstmädchens Sandmeyer. Sie kam vom Lande nach München, las die Anschläge, die zur Angabe von Waffenlagern aufforderten. Sie sagte einem Schutzmann, dass sie solche Waffenlager kenne, er wies sie an die Einwohnerwehr, sie ging hin und erstattete Meldung. Dann wurde sie aus ihrer Wohnung abgeholt und im Auto auf die entsetzlichste Weise ermordet. An ihrer Leiche wurde ein Plakat angebracht, das erklärte, der Mord wäre wegen Landesverrats erfolgt. So war es noch in vielen Fällen. Und wenn einer von den Tätern gesagt hätte: "Ich tat es aus vaterländischen Motiven!" Keiner hat diesen Mut aufgebracht, alle haben sie gelogen und geleugnet. (Sehr wahr! bei den Soz. Wildes Geschrei und Schimpfrufe rechts. - Goebbels schreit etwas vom Fall Stürgkh und von Friedrich Adler.) Herr von Lindeiner-Wildau hat gesagt, diese Amnestie solle die letzte sein. Das hört man nicht draussen, aber gehört und beachtet wird, dass im Deutschen Reichstag Verbrechen der aller-schwersten Art als Bagatellen behandelt, dass Totschlag und Mord als nicht interessierend erklärt werden. Menschen, die geneigt sind, die Waffe im politischen Kampf als Argument zu betrachten, werden in dieser Amnestiepraxis nur zu leicht eine Ermutigung finden. (Andauerndes Geschrei rechts). Ich spreche nicht zu Ihnen und vergleiche mein Rechtsgefühl nicht mit dem Ihrigen, denn Sie stehen unter jedem Vergleich. (Sehr gut! links) Aber den Mittelparteien muss ich sagen, ich beneide Sie nicht um das, was Sie zu tun im Begriff sind. Ich weiss, dass viele unter Ihnen auf unserem Standpunkt stehen. Wir aber machen eine solche Gesetzmacherei nicht mit. (Beifall und Händeklatschen der Soz. - Lärm der Kommunisten).

Abg. Pieck (Kom): Der Sozialdemokrat Rosenfeld hat bei der vorigen Amnestie mit Deutschnationalen und uns einen Entwurf vereinbart, der Fememörder und proletarische politische Gefangene befreien sollte. (Dr. Rosenfeld: Das ist nicht wahr! - Gebrüll der Kom.) Die Stellungnahme der Sozialdemokratie ist heuchlerisch und zeugt von politischer Entartung. Landberg war der Mit-schöpfer der preussischen Amnestie für die Fememörder. Die Arbeiterschaft

Reichstag, Blatt 4.

wird volles Verständnis für unsere Haltung haben. (Ironischer Beifall der Soz. → Händeklatschen der Kom.)

Die Besprechung ist beendet. - Persönlich erklärt

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

Herr Pieck hat behauptet, ich hätte mich früher für ein Gesetz ausgesprochen, wie es heute dem Hause vorliegt. Herr Pieck weiss, dass ich den Amnestieforderungen der Kommunisten sehr oft zugestimmt habe. (Abg. Pieck wird für den wiederholten Zuruf "Heuchler" zur Ordnung gerufen) Aber ich habe niemals einer Amnestie zugestimmt, die, wie die vorliegende, ohne jedes Verfahren und vor dem Urteil gemeinen Mord straffrei machen will. Das habe ich niemals getan, und eine gegenteilige Behauptung ist erlogen. (Grosser Lärm der Kom.)

Die beiden Artikel des Gesetzentwurfs sowie Einleitung und Ueberschrift werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der zweite Artikel auch gegen die Demokraten angenommen. Die Schlussabstimmung über das Gesetz ist namentlich. Sie ergibt die Annahme mit 290 gegen 135 Stimmen. Die verfassungsmässig erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit gegeben.

Es folgt die Beratung des Etats für Versorgung und Ruhegehälter. Bericht erstatter ist Abg. Laverrenz (Dnat). - Die Redezeit wird auf 3/4 Stunden festgesetzt.

Abg. Rossmann (Soz.):

Gegen die Angriffe einer gewissen Presse gegen die deutsche Reichsversorgung muss ich zunächst Stellung nehmen. Theodor Wolff hat vor kurzem im "Berliner Tageblatt" geschrieben: im deutschen Versorgungsetat stehe als xte Ziffer eine Summe für Versorgung ehemaliger Heeresangehöriger. Tatsächlich werden von den 1700 Millionen des Versorgungsetats 1281 Millionen für diese Art innere Kriegslasten aufgewandt, die sich aus der Versorgung der Kriegsoffer ergeben. Theodor Wolff meinte weiter, es gelte wohl für unpatriotisch, darüber zu sprechen, Das ist eine Entstellung, denn seitdem die grossen sozialen Kämpfe in der Deutschen Republik ausgefochten werden, wird ständig, und zwar nicht immer sachlich, über die Kriegsofferversorgung gesprochen. So ist z.B. die Zahl der Kriegereltern beträchtlich gestiegen. Das ist durchaus nichts Erstaunliches, sondern nur eine Folge der Verbesserung der Versorgung, die vom ganzen Hause als dringend notwendig bezeichnet worden ist, Die Zahl der Kriegsbeschädigten ist vom vorigen Oktober von 720.000 auf 840.000 gestiegen. Den Kritikern des Versorgungsetats, u.a. Herrn Felix Pinner vom "Berliner Tageblatt", erscheint es so, als ob hier eine Futterkrippenwirtschaft, "ähnlich wie bei der Arbeitslosenversicherung" herrsche. Man hat sogar gesagt, dass die Verwaltung der Reichsversorgung die Kriegsoffer und diese wiederum die Verwaltung ernährten. Wer weiss, wie schwer die Arbeit mit den nervösen, reizbaren Kriegsverletzten und Kriegerwitwen ist, der muss diese journalistischen Erzeugnisse auf Schärfste zurückweisen.

Die Versorgungskosten für die Opfer des Weltkrieges werden uns noch mehrere Jahrzehnte drücken. Für die Kriegsoffer aus dem Kriege von 1870/71 stehen ja sogar noch jetzt 12 Millionen im Versorgungsetat. (Hört! Hört!) Es gibt kein Land ausser Russland, dass die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsoffer so eingeschränkt hat, wie Deutschland. In kurzer Zeit ist in der Inflation die Zahl der Versorgungsberechtigten von 1.550.000 auf 840.000 mit Hilfe ganz wertloser einmaliger Abfindungen gesenkt worden. Die Wiederaufwärtsbewegung der Zahl der Kriegsoffer ist nur eine kleine Korrektur der in der Inflation begangenen Ungerechtigkeit. Allein 500.000 20%ige Kriegsbeschädigte sind in der Inflation endgültig aus der Versorgung herausgeworfen worden. Es gibt heute noch 800.000 Menschen in Deutschland, deren Versorgungsberechtigung bereits vor längerer Zeit anerkannt worden ist, die aber diese Berechtigung bisher noch nicht in Anspruch genommen haben, weil sie ein genügendes Einkommen beziehen. Will man diese Versorgungsberechtigten, deren Arbeitsfähigkeit sich mit zunehmendem Alter vermindern wird, auch noch entrechteten? Wenn man sich ständig für die wohlverworbenen Rechte aller anderen Bevölkerungsschichten ein-

Reichstag, Blatt 5.

setzt, darf man nicht diese Teile des Deutschen Volkes, die für Deutschland ein grosses Opfer gebracht haben, ihrer Rechte berauben. Es werden ohnehin nur 10 bis 15% der neueingereichten Anträge auf Kriegsopferversorgung bewilligt. Die Kürzung der Versorgungsansprüche bei auskömmlichem Verdienst findet auch unsere Zustimmung. Man soll aber dann dieselbe Rigorosität gegenüber allen aneren Nutzniessern öffentlicher Mittel anwenden, die völlig gesund und arbeitsfähig hohe Pensionen und Wartegelder beziehen. Wir fordern die Regierungsparteien auf, unserem Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes zuzustimmen. Unser Freund Wissell ist seinerzeit als Minister nur deswegen, weil er eine frühere

Vornahme der Nachuntersuchung bei den Kriegsbeschädigten angeordnet hat, von süddeutschen Zentrumsblättern aufs Heftigste angegriffen word, ohne dass sich das Zentrum an eine solidarische Verantwortung der Koalitionspartner für alle Regierungshandlungen gehalten hat. Jetzt stellt dasselbe Zentrum die viel zu weitgehenden Pensionskürzungen der beiden Novellen zum Versorgungsgesetz als einen Akt staatsmännischer Notwendigkeit dar. Ministerialdirektor Brecht hat dem Vorschlag gemacht, allen Leichtbeschädigten die Rente zu entziehen. Die Leichtbeschädigten können morgen infolge Verschlimmerung ihrer Leiden bereits Schwerbeschädigte sein. Ihnen wird jeder Rechtsanspruch auf spätere Erhöhung der Rente entzogen. Wir sind zu sachlicher Mitarbeit an der Lösung der schwierigen finanziellen Probleme der Etatsaufstellung bereit, verlangen aber, dass die berechtigten Ansprüche der Kriegsofoper nicht angetastet werden.

Man hat den Kriegsofoperorganisationen die Ersparnisse am Versorgungsetat dadurch schmackhaft zu machen versucht, dass der Minister ihnen versprochen hat, die auf der einen Seite erzielten Ersparnisse zur Verbesserung der Qualität der Versorgung zu verwenden. Später hat der Minister diese Zusage abgeleugnet. Eine von uns vorgeschlagene Entschliessung verlangt die Durchführung des vom Minister gegebenen Versprechens. In der Stunde der Rheinlandbefreiung muss man auch derer gedenken, die ihre Gesundheit und ihr Leben dafür hingegeben haben, dass das Rheinland während des Krieges vor feindlicher Invasion geschützt blieb. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Frau Abg. Reitze (Soz.)

Das Arbeitsministerium hat seine Genugtuung darüber ausgesprochen, dass es gelungen sei, die Reichsversorgung voll aufrecht zu erhalten. Diese Genugtuung ist unberechtigt. Denn das Versorgungsgesetz erfüllt nicht die berechtigten Ansprüche insbesondere der Kriegerwitwen. Das Arbeitsministerium hat eine Verbesserung der Versorgung zugesagt, glaubt aber jetzt infolge der finanziellen Schwierigkeiten diese Verbesserung sogar durch einen Abbau ersetzen zu können. Durch die letzte Novelle zum Versorgungsgesetz haben die Kriegerwitwen z.T. eine Aufbesserung von ganzen 15 Pfennigen monatlich erhalten, und sie sind mit Recht darüber empört. Mit dem Aussprechen der vaterländischen Dankespflicht an die Kriegsofoper anlässlich der Rheinlandräumung ist diesen in keiner Weise geholfen. Das monatliche Einkommen der Witwen beträgt in Ortsklasse A 73.- bis 81.- Mark, in Ortsklasse B 37,50 Mark, wozu noch eine Zusatzrente von 34.- Mark kommen kann. Diese Kriegerwitwen haben ihren Ernährer verloren und müssen ihren ganzen Lebensunterhalt von dieser Rente bestreiten. Eine allgemeine Erhöhung der Renten ist leider z.Z. nicht möglich. Ich bitte aber das Arbeitsministerium, sobald wie möglich um eine Aufbesserung dieser Bezüge. Die ärztliche Behandlung der Hinterbliebenen soll durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz auch verschlechtert werden, indem von dem Renteneinkommen auch die 50 Pfennig für den Krankenschein und für die Arzneien bezahlt werden sollen. Eine solche Regelung ist unmöglich. Grosse Härten entstehen ohnehin, weil aus Finanznot nur die dringendsten Versorgungsansprüche anerkannt werden können. Wir verlangen, dass für die Kriegshinterbliebenen ein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung gewährleistet wird, wenn sie nicht versichert sind. Die im Ausgabenensenkungsgesetz geplante Verschlechterung der Kriegsofoperversorgung werden wir aufs Schärfste bekämpfen. (Lebh. Beifall b.d. Soz.)

Abg. Dr. Krone (Z): Ich verurteile die Angriffe süddeutscher Zentrumsblätter gegen Minister Wissell und erkenne die Solidarverantwortung aller Parteien für die Kriegsofoperversorgung an. - Abg. Gräf-Dresden (Kom): Deutschland ist nicht, wie die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie behaupten, ein Sozialstaat, sondern noch immer ein Militärstaat. Weiterberatung Donnerstag